



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 46 Feb./2 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

=====

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Deutschland – Das grüne Mäntelchen fällt: Das Geld fließt vom «Klimawandel» in die Rüstungsproduktion

Sonntag, 5. Februar 2023, von Freeman-Fortsetzung um 08:11



Deutschland erwägt Umleitung «grüner» Subventionen für Waffenproduktion

Der Schritt würde es ermöglichen, mehr Waffen und Munition für den Ukraine-Konflikt zu produzieren. Deutschland könnte Gelder, die für den Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgesehen sind, nutzen, um Rüstungsunternehmen beim Bau zusätzlicher Produktionsanlagen zu unterstützen, berichtete Bloomberg am Freitag unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen.

Dem Bericht zufolge wird die Massnahme derzeit zwischen der Regierung in Berlin und den regionalen Behörden in den einzelnen Bundesländern diskutiert. Der Schritt würde es den Herstellern ermöglichen, mehr Waffen und Munition herzustellen und Arbeitsplätze in den Gebieten zu schaffen, die am stärksten von der Abkehr von der Kohle betroffen sind.

Dies geschieht in einer Zeit, in der westliche Länder ihre Militärhilfe für Kiew aufstocken. Deutschland hat im vergangenen Monat zugesagt, Leopard-2-Kampfpanzer und gepanzerte Marder-Fahrzeuge an die Ukraine zu liefern.

In dieser Woche erlaubte Berlin auch die Übergabe der älteren Leopard-1-Panzer an Unternehmen. Mehrfachen Berichten zufolge wurden die Bemühungen, Kiew zu unterstützen und die Kampfbereitschaft der Bundeswehr zu gewährleisten, jedoch durch Munitions- und Ausrüstungsmängel behindert. Business Insider zitierte im Oktober Quellen aus der Verteidigungsindustrie und dem Parlament mit der Aussage, die Armee habe nur noch genug Munition für einen oder zwei Kriegstage.

READ MORE: Deutschland bewilligt ausgemusterte Panzer für die Ukraine

Die anhaltende Energiekrise veranlasste Deutschland im vergangenen Jahr, mehrere Reservekohlekraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen. Ausserdem hat die Regierung den Betrieb bestehender Anlagen bis Ende März 2024 verlängert. Diese Entscheidungen fielen, als Berlin nach Möglichkeiten suchte, im Winter Energie zu sparen.

Im Juni erklärte das deutsche Wirtschaftsministerium, dass Deutschland trotz der Sorgen um die Energieversorgung aufgrund des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine an seinem Ziel festhalten werde, bis 2030 aus der Kohleverstromung auszusteigen.

Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/02/deutschland-das-grune-mantelchen-fallt.html#ixzz7sWSamKSx>

Wiedergeburt und Verantwortung
Des Menschen Verantwortung
macht vor dem Tod nicht halt,
denn sein Wiederleben ist
bestimmt durch
Naturgesetzgewalt.

Achim Wolf
www.freundderwahrheit.de

Pathologisch krank

Von der Leyen – Auch ein deutsches Schreckgespenst, das noch Merkel illegal ins oberste EU-Amt gehoben hat, wo es jetzt sein Unwesen treibt und Selensky aus der Hand frisst.

Die Kriegsgeilheit, völlige Verantwortungslosigkeit, totale Unreife, Unfähigkeit zum Frieden der Völker untereinander usw. ist pathologisch und kann nur mit einer Krankheit im Kopf bzw. Gehirn erklärt werden. Und dieser Schaden im Kopf wiederum gründet letztendlich auf einem totalen Realitätsverlust aufgrund eines religiösen Glaubenswahns, der noch dazu vererbbar ist. Dieser setzt sich in den Frontallappen des Gehirns und in den Schläfenlappen ab und kann genetisch weitergereicht werden. Wenn der betreffende Mensch diesen Wahn nicht aus eigener Kraft und Einsicht neutralisiert, verfällt er ihm und verliert die Fähigkeit, die Realität wahrzunehmen und logisch, menschlich und friedlich zu handeln.



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Virginia Mayo/AP/dpa

Selenskyj fordert mehr Sanktionen gegen Russland

15.01 Uhr: Am Donnerstag hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj von der EU gefordert, dass ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland auf den Weg gebracht wird. Gemeinsam mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen habe Selenskyj über ein zehntes Sanktionspaket gesprochen. Von der Leyen ist derzeit gemeinsam mit dem Chef der EU-Außenpolitik Joseph Borrell und anderen EU-Beamten in Kiew.

A.W., Deutschland

Serie alter, Grundsatzprogramm der Grünen von 1980 usw. interessanter Dokumente (26)



Ein Artikel von: Albrecht Müller; 4. Februar 2023 um 10:00

Die westdeutschen Grünen haben 1980 ihr erstes Grundsatzprogramm verabschiedet. Hier ist der Text. Es sind dann weitere Grundsatzprogramme gefolgt – 1993 nach der Vereinigung beider Teile Deutschlands unter dem Namen «Politische Grundsätze» und dann 2002. Im November 2020 wurde dann übrigens auf einem digitalen Parteitag ein neues Grundsatzprogramm beschlossen. Für interessierte Mitmenschen lohnt es sich, in jedem Fall in das Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1980 zu schauen. Gemessen daran sind gravierende Veränderungen eingetreten bzw. beschlossen worden. Albrecht Müller.

Aus dem damaligen Programm zitiere ich nur ein paar Forderungen aus dem Kapitel «Europäische Friedenspolitik»:

- Sofort mit der Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und des Warschauer Paktes beginnen,
 - Sofortige Abrüstung weltweit! Die Abrüstung muss dabei im eigenen Land beginnen und sollte andere Länder veranlassen, ebenfalls abzurüsten. Die einseitige Abrüstung sollte bezwecken, die Friedensbewegung zu stärken.
 - Verbot der Lagerung und Produktion atomaren, chemischen und biologischen Waffen in aller Welt
 - Abzug aller fremden Truppen von fremden Territorien
 - Verbot des Waffenhandels
 - Abbau der deutschen Rüstungsindustrie und deren Umstellung auf friedliche Produktion
 - Abbau der Bundeswehr
 - «Soziale Verteidigung» anstelle des Wettrüstens, das zum 3. Weltkrieg führt
 - Verbot der Bundeswehr, an Schulen für sich zu werben
 - Unterstützung aller Verbände, die antimilitaristische Arbeit leisten
- usw.

Das war einmal. Dass dies heute nicht mehr gefordert wird, heisst nicht, dass die früheren Forderungen nicht richtig gewesen wären.

Beim Blick in das Programm von 1980 und beim Vergleich mit der faktischen Politik heute wird man bei den Grünen wie auch bei der SPD – und ähnlich bei der Linkspartei – feststellen, dass die Anpassung an konservative und von militärischer Gewalt geprägte Positionen beachtlich gross ist. Aber Anpassung ist ein sehr unpräziser Ausdruck. Die Hauptarbeit an der sogenannten Anpassung ist von aussen bewirkt worden. Die Arbeit und Wirkung dieser Einflusspersonen habe ich Anfang der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts bei der SPD persönlich beobachten können und erleben müssen. Bei Bündnis90/Die Grünen konnten wir das von aussen studieren.

Es wäre eine reizvolle Aufgabe für Historiker, endlich diese historische Forschung zu leisten: Wie ist die personelle Änderung und damit verbunden die programmatische Änderung von aussen bewirkt worden? Wel-

che Personen, Medien, Organisationen und ausländischen Stellen haben daran gedreht und den «Erfolg» bewirkt? Inwieweit sind wir sogar als Steuerzahler eingespannt worden, um diese Veränderungen zulasten einer fortschrittlichen und friedliebenden Programmatik zu bewirken?

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=93410>

Wenn Präsidenten «schwurbeln»

Von REDAKTION | Veröffentlicht vor 3 Tagen in: Rundschau

Olaf Scholz hat sich auf seiner Südamerikareise eine Abfuhr abgeholt. Brasiliens Präsident Lula will lieber auf Frieden und Verhandlungen in der Ukraine drängen als Munition liefern. Der deutsche Medien-Mainstream ist sauer. Die Hintergrund-Medienrundschau vom 3. Februar 2023.



Olaf Scholz bei Brasiliens Präsident Lula.

Foto: Ricardo Stuckert für @LulaOficial, Mehr Infos

Foto: Ricardo Stuckert für @LulaOficial, Mehr Infos

Der deutsche Haltungsjournalist hat seine Haltung. Daneben gibt es nichts. Zumindest nichts Vernünftiges. Wer den feststehenden Ansichten zuwiderläuft, der schwurbelt, ist ein Querdenker. Diskussion gibt es nur im Rahmen eines engen Korridors. Waffen für die Ukraine? Muss sein. Flakpanzer? Klar. Gefechtspanzer? Klar. Flugzeuge? Darüber darf man noch diskutieren. Derzeit. Über den Rest nicht. Pazifismus hat ausgedient. Zumindest in den deutschen Redaktionsstuben. Sicher, hier und da gibt es andere Stimmen und auch das mit den Panzern war nicht allen Journalisten im Mainstream recht. Aber den allermeisten. Wenn dann so ein dahergelaufener schwurbelnder Querdenker kommt und neben dem Bundeskanzler von Frieden und Verhandlungen faselt, muss man ihn diffamieren. Selbst wenn es der brasilianische Präsident ist. Das zumindest tat die «Focus»-Redaktion. In ihrem Ukraine-Ticker heisst es zur Kanzlerreise nach Brasilien: «Während Scholz danebensteht, schwurbelt Brasiliens Präsident zu Putins Angriffskrieg.» (Focus, 31.1.23) Nimmt man das Zitat, das im Text folgt, so könnte man wirklich von «schwurbeln» sprechen, schwänge nicht dieser Tage bei diesem Wort eine eindeutige Wertung mit. Denn Lula da Silva drückt sich kompliziert aus: «Aber ich denke immer noch: Wenn einer nicht kämpft, kämpfen zwei nicht. Du musst Frieden auch wollen.» Der mitreisenden Journaille war das zu viel. Gordon Repinski, stellvertretender Chefredakteur von «The Pioneer», dem Medienprojekt von Gabor Steingart, schrieb auf Twitter:

Lula analysiert den Ukraine-Krieg auf Querdenker-Niveau: «Keiner möchte zurückweichen», sagt er, «man weiss nicht, warum der Krieg angefangen hat.» (Twitter, 1.2.23)

Wer sich wie Repinski laut Pioneer-Website um die SPD, die Grünen und die Weltpolitik kümmert, der müsste eigentlich wissen, was es mit dem Krieg auf sich hat. Und dass Lula vermutlich aus diplomatischen Gründen nicht noch deutlicher wurde. Wer sich die ganze Pressekonferenz mit den Fragen der Journalisten einmal durch- und die Windungen des Bundeskanzlers nachlesen will, der kann dies auf der Website der Bundesregierung.

Neben seinen abwägenden Worten zum Krieg – vor seinem Amtsantritt war Lula deutlicher geworden (Zusammenfassung: Weltwoche, 2.11.22) – brachte sich Brasiliens Präsident auch als Vermittler ins Spiel. Das aber ist mit dem deutschen Mainstream nicht zu machen. Ein Unterhändler, der der Ukraine eine Mitschuld am Krieg gibt? Kann nicht sein. Darf nicht sein. Neutralität ist nicht. Diplomatie offenbar auch nicht. Was in Deutschland gilt, hat auch auf der Weltbühne zu gelten. Es gibt nur blau-gelbe Freiheitshelden oder Putin-knechte. Ronald Nelles vom Spiegel schreibt:

«Lula kündigte an, mit China einen gemeinsamen Versuch starten zu wollen, im Ukrainekrieg zu vermitteln. Dabei stellt sich natürlich die Frage, ob die Ukrainer mit einem Vermittler wie Lula viel anfangen könnten. Seine Kommentare beim Scholz-Besuch dürften in dieser Hinsicht jedenfalls wenig hilfreich gewesen sein. Dafür klingt der Brasilianer dann doch sehr wie jemand, der in seiner Jugend zu viel Radio Moskau gehört hat.» (Spiegel, 1.2.23)

Jens Berger hat sich die Reaktion der deutschen Medien auf Lulas Vorschlag ebenfalls angeschaut und fasst für die Nachdenkseiten zusammen:

«Für die deutschen Kommentatoren kommt nur ein ›Vermittler‹ in Frage, der die ukrainische oder besser westliche Extremforderung, die auf eine Niederlage Russlands und auf einen Sieg der Ukraine hinausliefe, als nicht verhandelbare Position mit in die Verhandlung bringt. Ein solcher Vermittler wäre aber keiner, da er von Russland nicht akzeptiert werden würde.» (Nachdenkseiten, 1.2.23)

Noch weiter geht da Jürgen Hardt, der allerdings auch CDU-Politiker ist. Neutralität dürfe es nicht geben, sagte er im Deutschlandfunk. Durch Lulas vermeintliche Neutralität werde es schwieriger, «die Völkergemeinschaft möglichst geschlossen gegen Russlands völkerrechtswidriges Handeln zu positionieren». (Deutschlandfunk, 31.1.23) Irgendwie haben es so einige in Deutschland nicht mitbekommen, dass die ›Völkergemeinschaft‹ alles andere als geschlossen ist. Politiker wie Journalisten.

Aber in Deutschland stehen auch nicht alle Reihen geschlossen. Nicht mal im (vermeintlichen) Mainstream, dem sich die ›Berliner ZeitungN schon deshalb oft nicht anschliesst, weil sie andere Stimmen zu Wort kommen lässt:

Auf Twitter wird, wie üblich, grob geholt und unterstellt, Lula bediene damit nur Kremlpropaganda. Auch die überwiegende Zahl der Berichte in den deutschen Medien sind ein Paradebeispiel für einseitigen Journalismus: Verhandlungen werden grundsätzlich diskreditiert und als Putin-Narrativ dargestellt, Kriegslogik und Waffenlieferungen meist unreflektiert begrüßt. (Berliner Zeitung, 2.2.23)

Bestes Beispiel hierfür ist der ›Stern‹. Dort fährt ein Experte mit dem Panzer vor. Zumindest hat man beim ›Sicherheitsexperten‹ Claus Möllring den Eindruck.

Beide Kriegsparteien stellen sich darauf ein, dass nach dem Ende des Winters die Kämpfe noch zunehmen werden. Einen schnellen Weg zu einem Verhandlungsfrieden sieht Mölling nicht. «In der Konsequenz ist dieses Gemetzel – der Tod vieler tausend Menschen – notwendig», sagte Mölling. Es gehe darum, Russland zu verdeutlichen, dass es mit der Fortsetzung seiner Aggression keinen Vorteil erzielen kann: «So bitter das ist: Man wird diese Erkenntnis erst auf dem Schlachtfeld hervorbringen.» (Stern, 31.1.23)

Krieg bis zum letzten Ukrainer. Ein notwendiges Gemetzel. Der offenbar kriegsbesoffene Möllring, stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), sieht in der Ukraine eine ›heroische Gesellschaft‹ entstehen. ›Heroische Gesellschaft‹, positiv hervorgehoben. Man ist im Kriegsmodus. Die Propagandamaschine läuft. Wobei man bei solchen Vorposten der USA in Deutschland wie der DGAP nichts anderes erwartet.

Andere Vorposten wie die taz bemühen sich in Verniedlichung des Krieges. Auf die Weigerung der brasilianischen Seite, Munitionslieferungen freizugeben, titelt sie: ›Lula blockiert Gepardenfütterung‹ (taz, 31.1.23). Wir reden von tödlichen Geschossen. Futter? Ist klar. Das ist etwa auf dem Niveau von Katrin Göring-Eckart, die twitterte: ›Der Leopard ist befreit.‹ Und auch das Auswärtige Amt betreibe Aussenpolitik auf ›Emoji-Niveau‹, wie es die NZZ treffend charakterisierte (NZZ, 31.1.23, Bezahlschranke). Gibt es schon einen Leichen-Emoji?

Bevor wir ganz im Sarkasmus versinken, schauen wir auf realistischere Darstellungen. Denn auch diese gibt es – selbst im Mainstream. So war die Anne-Will-Sendung vom Sonntag laut Zusammenfassung der Süddeutschen zumindest etwas nachdenklicher. Und manche Journalisten, in diesem Fall Georg Mascolo, äussern ein Grundverständnis für die Politiker, «die gerade Gefahr laufen, historisch zu versagen – indem sie entweder die Ukraine zu wenig unterstützen oder einen dritten Weltkrieg auslösen». Wobei nicht einmal definiert wird, was eigentlich die Ukraine wirklich unterstützen soll bzw. was mit Ukraine gemeint ist. Selenskyj? Die Ukrainer? Der Talkshow-Kommentator der SZ fasst zusammen:

«Dieses, aus ukrainischer Sicht, quälend langsam Vorwärtstasten des Westens, immer näher an das Schlachtfeld heran, wird noch lange weiter gehen. Es werden noch sehr viele Ukrainer sterben. Und niemand kann garantieren, dass man am Ende sagen wird: Ihr Tod hat sich gelohnt. (Süddeutsche, 30.1.23, Bezahlschranke)

Das bleibt natürlich in der Kriegslogik verfangen. Welcher Tod lohnt sich? Aber man ist dem Mainstream heutzutage schon dankbar, wenn jemand neben Kriegshetze und Panzerjubelei überhaupt noch den Fun-

ken eines weitergehenden Gedankens zu Papier bringt. Auch der Welt-Korrespondent in Brüssel hat sich Gedanken gemacht und schaut in die Zukunft. Denn das fehlt aktuell: Wohin die ganze Chose uns führt. Und welches Ziel eigentlich verfolgt wird, wenn die Panzer gen Osten rollen. Natürlich, Baerbock und Co. schwafeln von der «Niederlage Russlands». Aber wer Ahnung von der Materie hat, der weiss, dass das kaum gelingen kann – ohne Bodentruppen der NATO und damit einer direkten Konfrontation. Die wiederum in der Apokalypse enden dürfte. Was also schreibt Christoph B. Schlitz in der Welt?

«Die internationale Gemeinschaft leistet sehr viel zur Unterstützung der Ukraine. Aber es ist immer noch viel zu wenig, damit Kiew seinen berechtigten Anspruch auf territoriale Integrität durchsetzen kann. Dahinter kann man nur Kalkül vermuten. Wer mit westlichen Diplomaten spricht, hört immer häufiger von der Angst vor einer Eskalation, von der Sorge vor einer Kriegsmüdigkeit der demokratischen Gesellschaften und von der Hoffnung auf einen baldigen Waffenstillstand. Und genau auf diesen schnellen Waffenstillstand läuft das Engagement des Westens mittlerweile hinaus – stillschweigend natürlich. Das Ergebnis wird sein: Eine amputierte Ukraine.» (Welt, 31.1.23 Bezahlschranke)

So könnte es kommen. Der grosse Aufschrei der Kriegstreiber wird dann durch die Medien dröhnen. Davon können wir ausgehen. Lockerlassen bei ihrem Kampf gegen die Russen werden sie dann nicht, die Kriegstreiber um Baerbock, Göring-Eckart, Fücks, Strack-Zimmermann und Co. Wir werden sie und ihre Gesinnungsgenossen der Presse weiter verfolgen. Für heute ist die Medienrundschau aber an ihr Ende gekommen. Bleiben Sie uns gewogen.

Quelle: <https://www.hintergrund.de/allgemein/rundschau/wenn-praesidenten-schwurbeln/>

Vorbereitung auf den atomaren Konflikt: Deutschland schafft neue Flugzeuge für US-Atombomben an / Nukleare Teilhabe wird wieder intensiviert / Von Abrüstung ist keine Rede mehr

Von Hans-Georg Münster, 3 Februar 2023



Büchel ist ein kleiner Ort wenige Kilometer von Cochem (Rheinland-Pfalz) entfernt. In ihrer Internetwerbung lobt die Gemeinde das vielseitige Freizeitangebot und das gelebte Gemeinschaftsgefühl, das zum Wohlfühlen in dem schönen Eifelort beitrage. Einen Kilometer westlich des Ortszentrums lauert jedoch das Grauen: Vermutlich 20 amerikanische Atombomben des Typs B61-3/4 sollen sich in einem besonders stark gesicherten unterirdischen Munitionslager auf dem Gelände des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 der Bundeswehr befinden. Wenn es jemals einen Atomkrieg geben sollte, gehört Büchel zu den Orten, an denen dieser Krieg beginnen wird.

Büchel soll der einzige Standort in Deutschland sein, an dem noch amerikanische Atomwaffen gelagert werden. Vor 1990 soll es noch mehr Standorte gegeben haben. Das Vorhalten dieser Waffen auf dem deutschen Stützpunkt ist Teil der sogenannten «nuklearen Teilhabe». Diese Teilhabe bedeutet, dass im Fall eines atomaren Konflikts Tornado-Kampfflugzeuge der Bundeswehr die Atombomben aufnehmen und ihre tödliche Fracht zum Ziel fliegen werden. Das Risiko, dass so etwas jemals passieren würde, war in den letzten Jahrzehnten zu vernachlässigen, und die seit 1985 in Büchel stationierten Tornados haben ihre besten Zeiten schon lange hinter sich. Doch spätestens seit Beginn des Ukraine-Konflikts sinkt die Hemmschwelle vor dem Griff zur tödlichsten aller Waffen. Büchel war ursprünglich ein französischer Luftwaffenstützpunkt, gebaut nach dem Zweiten Weltkrieg für die in der französischen Besatzungszone stationierten Truppen. Die Franzosen zogen 1955 ab. 1957 kam die Bundeswehr, und wenig später kamen auch die Amerikaner mit den Atomwaffen. 1958 stimmte der Bundestag in Bonn nach hitziger Debatte der Anschaffung von Flugzeugen für die Luftwaffe zu, die die Atombomben – falls aus dem Kalten Krieg ein heisser Krieg geworden wäre – nach Osten in das Gebiet des Warschauer Pakts hätten fliegen und abwerfen sollen. Der SPD-Abgeordnete Karl Mommer beschimpfte den damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauss (CSU) deshalb als

«bundesdeutsche Atomkanone». Die atomare Abschreckung ist bis heute Bestandteil der Nato-Doktrin. Allerdings haben nur drei der 30 Nato-Mitglieder (USA, Frankreich und Grossbritannien) eigene Atomwaffen. Nukleare Teilhabe für andere Nato-Staaten bedeutet, dass die USA ihnen Atombomben zur Verfügung stellen. Die teilhabenden Staaten müssen die dafür erforderlichen Flugzeuge in ständiger Bereitschaft halten. Neben Deutschland gehören die Niederlande, Belgien, die Türkei und Italien zur atomaren Teilhabe. In eigener Regie kann jedoch keines dieser Länder Atomwaffen einsetzen. Dafür ist immer die Zustimmung des amerikanischen Präsidenten erforderlich. Beliebte war die nukleare Teilhabe in Deutschland nie. 2010 forderte sogar die amerikahörige CDU/CSU zusammen mit SPD, FDP, und Grünen die Bundesregierung auf, auf einen Abzug der Atomwaffen aus Büchel hinzuwirken. Der damalige Aussenminister Guido Westerwelle (FDP) setzte sich in Gesprächen mit der US-Regierung intensiv für einen Abzug von Atomwaffen aus Deutschland ein. Infolgedessen wurde in Deutschland nur das Nötigste in die alternden Tornados investiert. Eine Neuanschaffung von Flugzeugen wurde auf die lange Bank geschoben. In der Öffentlichkeit bekannte sich die Bundesregierung natürlich zur nuklearen Teilhabe. Diese sei wichtiger Bestandteil einer glaubhaften präventiven Abschreckung, erklärte die alte Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD noch 2020 auf eine Anfrage der Linksfraktion. Durch die Bereitstellung von Trägersystemen (das sind die Flugzeuge) sichere man zudem den deutschen Einfluss im Bündnis. Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP aus dem Jahr 2021 wurde zwar die Bereitschaft zur Beschaffung eines neuen Flugzeugsystems erklärt, aber wer den Beschluss liest, bemerkt die Schwammigkeit der Formulierung: «Den Beschaffungs- und Zertifizierungsprozess mit Blick auf die nukleare Teilhabe Deutschlands» werde man «sachlich und gewissenhaft begleiten». Entschlossenheit sieht anders aus. Mit Beginn der Auseinandersetzungen in der Ukraine vor fast einem Jahr wendete sich das Blatt. Zu der von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ausgerufenen Zeitenwende gehört eine massive Aufrüstung der Bundeswehr. 100 Milliarden Euro wurden für neue Flugzeuge und Waffensysteme bereitgestellt. Für die nukleare Teilhabe ist die Neuanschaffung von Flugzeugen zum Ersatz der alten Tornados von besonders grosser Wichtigkeit. Dazu will Deutschland beim amerikanischen Rüstungsproduzenten Lockheed Martin 35 sogenannte Tarnkappenbomber des Typs F35a beschaffen, die die alternden Tornados ersetzen und als neues Trägersystem für die Atombomben dienen sollen. Tarnkappenbomber sind für das gegnerische Radar so gut wie unsichtbar. Die Flugzeuge sollen 2026 in Büchel startbereit sein. Die Amerikaner sorgten mit einem Trick dafür, dass von der Bundeswehr Flugzeuge aus US-Produktion und keine aus europäischer Produktion in Büchel beschafft werden können: Die Eurofighter der Bundeswehr wären zwar für die Trägerrolle geeignet, bekommen vom US-Verteidigungsministerium aber keine Zertifizierung für das Tragen der Atomwaffen. Also müssen Flugzeuge in den USA für mindestens zehn Milliarden Dollar bestellt werden. Man kann sicher sein, dass die Beschaffung erheblich teurer werden wird.

Parallel dazu verschärfte sich der Ton der Debatte. Von einem atomwaffenfreien Deutschland ist längst keine Rede mehr. Im Berliner Verteidigungsministeriums heisst es zwar noch, die Nato setze sich uneingeschränkt für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen ein. Das Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen dürfe jedoch nicht losgelöst von den sicherheitspolitischen Realitäten und den bündnispolitischen Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen der NATO betrachtet werden. Glaubhafte Abschreckung und Abrüstung seien keine Gegensätze, sondern «zwei komplementäre Seiten eines umfassenden Ansatzes», so das Verteidigungsministerium.

Liviu Horowitz von der Stiftung Wissenschaft und Politik wurde in der Zeitung des Bundestages deutlicher: «Die Russische Föderation hat in den vergangenen Monaten klar gezeigt, dass ihre Atomwaffen nicht nur ein Überbleibsel aus vergangener Zeit sind.» Vielmehr seien es Instrumente, deren Moskau sich – hauptsächlich politisch – bedienen wolle, um seine expansiven Ziele zu erreichen. «Entsprechend reagieren nun die Staaten der transatlantischen Allianz darauf», so Horowitz.

In einem Arbeitspapier der Bundesakademie für Sicherheitspolitik wird Russland für alle Spannungen verantwortlich gemacht und die Bedeutung der nuklearen Teilhabe beschworen: Russland «hat sein gegen Europa ausgerichtetes Waffenarsenal modernisiert, diversifiziert und aufgestockt, wobei es bisweilen seine vertraglichen Verpflichtungen verletzt hat ... Wenn ein neuer Ansatz nötig ist, dann ist es nicht die einseitige Abrüstung durch die NATO.»

Stattdessen ist offenbar Aufrüstung angesagt. Von offizieller Seite ist nichts zu erfahren. Die Bundesregierung gibt öffentlich nicht einmal zu, dass in Büchel amerikanische Atombomben stationiert sind. Besser informiert sind oft Atomwaffengeegner wie Martin Singe, der Sprecher der Kampagne «Büchel ist überall! Atomwaffenfrei jetzt». Er berichtet in der Zeitung «Junge Welt», in Büchel sollten demnächst die neuen B61-12-Atombomben stationiert werden. Diese Bomben seien in der Sprengkraft variierbar und im Endflug zielgenau lenkbar. Dadurch werde die Hemmschwelle für einen Atombombeneinsatz gesenkt, meint Singe.

Und genau das ist das Problem. Deutschland wird immer tiefer in den Ukraine-Konflikt hineingezogen. Erst sollten nur Helme geliefert werden und dann die veralteten Schützenpanzer Marder sowie Gebhard-Flugabwehrkanonen. Jetzt sollen 14 Leopard 2-Kampfpanzer zur Verfügung gestellt werden. Damit würden zum ersten Mal seit den 1940er Jahren deutsche Panzer auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion russi-

schen Panzern entgegenstehen. Die «Tiger» und «Königstiger» der Wehrmacht sind untergegangen, jetzt rückt der Leopard an. Für jeden geschichtsbewussten Menschen ist dies eine Horrorgeschichte. Die Diskussion um Waffenlieferungen zeigt das ganze Elend der deutschen Politik. Nach jeder Lieferzusage wird eine rote Linie gezogen, die nach kurzer Zeit wieder überschritten wird. Kaum war die Panzerlieferung genehmigt, setzte eine Debatte um die Lieferung von Kampfflugzeugen ein. «Ich halte vom Ziehen roter Linien überhaupt nichts», erklärte der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, der sich an der deutschen Kriegspropaganda heftig zu beteiligen pflegt. Denn durch das Überschreiten von roten Linien mache man sich unglaublich, so Heusgen, der die von der Bundesregierung massgeblich finanzierte internationale Konferenz leitet und dort auch deren Sprachrohr ist. Heusgen hat kein Problem damit, die Aufrüstung der Ukraine zu propagieren und sie als Partner des Westens zu hofieren, obwohl es sich bei dem Land um eines der korruptesten Länder der Welt handelt.

Mit einem Einsatz von Atomwaffen durch Russland im Ukraine-Konflikt rechnet Heusgen übrigens nicht. Kreml-Chef Wladimir Putin wisse, dass er keine Atomwaffen einsetzen könne, weil er dann die Unterstützung seines wichtigsten Partners China verliere, das vor einem Atomwaffeneinsatz gewarnt habe. Und das werde er nicht riskieren. Offenbar meint Heusgen, den russischen Bären durch das Liefern immer neuer und wirkungsvollerer Waffen immer weiter reizen zu können, statt eine Lösung in Gesprächen zu suchen.

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/vorbereitung-auf-den-atomaren-konflikt-deutschland-schafft-neue-flugzeuge-fuer-us-atombomben-an-nukleare-teilhabe-wird-wieder-intensiviert-von-abrustung-ist-keine-rede-mehr/>

Immer mehr Ärzte verweigern den Booster

uncut-news.ch, Februar 3, 2023



Immer mehr Ärzte verzichten auf die Auffrischung des COVID-19-Impfstoffs und begründen dies mit dem Mangel an klinischen Studien.

«Ich habe meinen letzten COVID-Impfstoff genommen, ohne dass es Beweise auf RCT-Ebene dafür gibt, dass er mein Risiko einer schweren Erkrankung verringert», schrieb Dr. Todd Lee, ein Experte für Infektionskrankheiten an der McGill University, auf Twitter.

Lee verwies auf das Fehlen von Ergebnissen aus randomisierten klinischen Studien (RCT) für die aktualisierten Auffrischungsimpfstoffe, die in den Vereinigten Staaten und Kanada im Herbst 2022 vorwiegend aufgrund von Daten aus Experimenten mit Mäusen zugelassen wurden.

Lee, der drei Impfstoffdosen erhalten hat, wies darauf hin, dass er mit der Omikron-Virusvariante infiziert war – die Impfstoffe bieten nur einen geringen Schutz vor einer Infektion – und beschrieb sich selbst als gesunden Mann in den 40ern.

Dr. Vinay Prasad, Professor für Epidemiologie und Biostatistik an der Universität von Kalifornien in San Francisco, sagte ebenfalls, dass er sich nicht zusätzlich impfen lassen würde, bis Daten aus klinischen Studien vorliegen. «Ich habe mindestens eine Dosis gegen meinen Willen genommen. Das war unethisch und wissenschaftlich bankrott», sagte er.

Allison Krug, eine Epidemiologin, die an einer Studie mitgewirkt hat, in der festgestellt wurde, dass bei Jungen im Teenageralter nach einer COVID-19-Impfung die Wahrscheinlichkeit einer Herzentzündung höher ist als nach einer COVID-19-Infektion, erklärte ihrem Arzt, warum sie eine Auffrischungsimpfung ablehnte, und sagte, ihr Arzt sei mit ihrer Position einverstanden.

Sie rief die Menschen dazu auf, sich der Bewegung anzuschliessen und entsprechende Beweise zu fordern, und verwies auf einen Blogbeitrag von Prasad. «Achten Sie genau darauf, dass es sich nicht um eine Anti-Impf-Stimmung handelt. Hier geht es darum, [harte] Beweise für den Nutzen zu erbringen, um die weitere Anwendung zu rechtfertigen», was etwas ganz anderes ist. «Das ist nur fair für ein Produkt, das 30 Milliarden Dollar pro Jahr kostet und Hunderten Millionen Menschen verabreicht wird», sagte Lee.

Dr. Mark Silverberg, Gründer des Toronto Immune and Digestive Health Institute, Kevin Bass, Medizinstudent, und Dr. Tracy Høeg, Epidemiologin an der Universität von Kalifornien in San Francisco, schlossen sich Lee und Prasad an und sprachen sich gegen weitere Booster aus, zumindest im Moment.

Høeg sagte, sie benötige keine klinischen Studien, um zu wissen, dass sie keine Auffrischungsimpfungen erhält, nachdem sie eine Primärserie mit zwei Dosen erhalten hat, und fügte hinzu, dass sie die zweite Dosis «gegen meinen Willen» genommen hat. «Ich hatte auch eine unerwünschte Reaktion auf Dosis 1 von Moderna, und wenn ich es noch einmal tun könnte, würde ich keine Covid-Impfung mehr spritzen», sagte sie auf Twitter. «Ich war froh, dass meine Eltern, die über 70 sind, sich gegen Covid impfen lassen konnten, aber ich habe noch keine fundierten Daten gesehen, um sie über die bivalente Auffrischung zu informieren. Ich hätte gerne eine RCT für die bivalente Auffrischungsimpfung für Menschen in ihrem Alter und für Erwachsene mit gesundheitlichen Problemen, die sie gefährden, gesehen.»

Die US-Arzneimittelbehörde (FDA) erteilte im August 2022 eine Notfallzulassung für die aktualisierten Booster (bivalente Impfungen) von Pfizer und Moderna, obwohl keine Daten am Menschen vorliegen.

Beobachtungsdaten deuten darauf hin, dass die Auffrischungsimpfungen zumindest anfänglich nur einen geringen Schutz vor Infektionen und eine solide Abschirmung gegen schwere Erkrankungen bieten.

Fünf Monate nach Erteilung der Zulassung liegen noch keine klinischen Studiendaten für die bivalenten Medikamente vor, die gegen den Wuhan-Stamm sowie die BA.4- und BA.5-Untervarianten von Omikron gerichtet sind. Moderna präsentierte auf einer kürzlich abgehaltenen Tagung Wirksamkeitsschätzungen für ein anderes Bivalent, das in den Vereinigten Staaten noch nie verwendet wurde. Das Unternehmen schätzte, dass der Booster den Schutz vor einer Infektion nur um 10 Prozent erhöht.

Die FDA bereitet sich darauf vor, den Ersatz aller COVID-19-Impfstoffe von Pfizer und Moderna durch die bivalenten Impfstoffe anzuordnen. Die U.S. Centers for Disease Control and Prevention, die Empfehlungen zu Impfstoffen herausgeben, raten weiterhin praktisch allen Amerikanern zu einer Erstimpfung und mehreren Auffrischungen.

Professor fordert Stopp für Messenger-RNA-Impfstoffe

Ein Professor forderte unterdessen als letzter einen Stopp der Impfstoffe von Pfizer und Moderna, die beide auf der Messenger-RNA-Technologie beruhen.

«Zum jetzigen Zeitpunkt sollten alle COVID mRNA-Impfprogramme sofort gestoppt werden», sagte Retsef Levi, Professor für Operations Management am Massachusetts Institute of Technology, in einer Videoerklärung. «Sie sollten gestoppt werden, weil sie keines ihrer beworbenen Versprechen hinsichtlich der Wirksamkeit erfüllen konnten. Und was noch wichtiger ist, sie sollten aufhören, weil sich die Beweise häufen und unbestreitbar sind, dass sie ein noch nie dagewesenes Ausmass an Schaden verursachen, einschliesslich des Todes von jungen Menschen und Kindern.»

Levi bezog sich dabei auf die Herzentzündung nach der Impfung, die Myokarditis. Diese Erkrankung ist eine der wenigen, die von den Behörden als durch die Boten-RNA-Impfstoffe verursacht anerkannt wurde. Vertreter von Pfizer und Moderna haben nicht auf Bitten um Stellungnahme reagiert.

Levi verwies auf Forschungsergebnisse, darunter eine Studie, die ergab, dass bei fast 3 von zehn Kindern, die den Impfstoff von Pfizer erhalten hatten, Auswirkungen auf das Herz auftraten, und eine Studie, in der Spike-Antigene im Blut von geimpften Jugendlichen nachgewiesen wurden.

Andere Experten, darunter Dr. Joseph Fraiman und Dr. Peter McCullough, haben bereits einen Stopp der Verabreichung der Impfstoffe gefordert.

Fraiman erklärte gegenüber der Epoch Times, dass der Stopp so lange erfolgen sollte, bis klinische Studien beweisen, dass der Nutzen der Impfstoffe die Schäden überwiegt.

«Wir müssen herausfinden ... ob der Nutzen den Schaden überwiegt oder ob der Schaden den Nutzen überwiegt», sagte er. «Das Einzige, was diese Frage beantworten kann, wird eine randomisierte Studie sein.»

QUELLE: GROWING NUMBER OF DOCTORS SAY THEY WON'T GET COVID-19 BOOSTER SHOTS

Quelle: <https://uncutnews.ch/immer-mehr-aerzte-verweigern-den-booster/>

Beendet den Krieg, ihr Idioten!

uncut-news.ch, Februar 3, 2023



Die NATO sollte mit ihrem Pontius-Pilatus-Handgemenge aufhören, wenn es darum geht, ihre aufgerüsteten Tiger-Panzer in die ukrainischen Abwrackwerften zu schicken, denn sie ist in jedem Fall verdammt, ob sie gute Panzer den schlechten hinterherwirft oder ob sie es nicht tut. Das Beste, was die NATO tun kann, ist, eine Verteidigungslinie zu bilden, die sich von den Bordellen Rumäniens im Süden über Polen bis zu den Pickelstaaten des Baltikums und den grossmäuligen weiblichen Führern Schwedens und Finnlands erstreckt. Die Ukraine ist, wie zuvor Vietnam und Afghanistan, ein hoffnungsloser Fall. Die NATO sollte diesen Krieg beenden, indem sie ihre Koffer packt, nach Hause geht und es Selenskys Schergen überlässt, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Die Amerikaner können ihre Bradleys schicken, die Briten ihre Challenger-Panzer, die Franzosen ihre Leclercs und die Deutschen ihre Leoparden. Russland wird sie alle vernichten und alle Besatzungen, die das Pech haben, sie zu bemannen. Wenn Hitlers Tiger die russische Flut nicht aufhalten konnten, werden sie es auch nicht können.

Die Briten können zwar nach Herzenslust mit ihren unbesiegbaren Challengern prahlen, aber diese britischen Wunderwaffen werden kaputt gehen und repariert werden müssen, wenn sie die Schlachtfelder der Ukraine erreichen. Vorausgesetzt, Russland schickt sie nicht in die Hölle, bevor sie zum ersten Mal zum Einsatz kommen. Seine Wunderwaffen in der Ukraine zu präsentieren, ist eine Sache. Sich zu behaupten, wie die Wehrmacht herausfand, ist eine andere.

Kein Plan, so erklärte der legendäre deutsche Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke 1871 in seinem Aufsatz «Über Strategie», überlebt die erste Begegnung mit dem Feind. Dies wird mit Sicherheit auch bei den Tigern der NATO der Fall sein, die genauso schlecht abschneiden werden wie die Panzer der Wehrmacht in Stalingrad und in Kursk, der historisch grössten Panzerschlacht, als von Manstein, von Kluge und einige andere grosse Befehlshaber des Reiches gegen Schukow, Popow und ihre endlosen Kolonnen von T34 antraten, die für das ukrainische Gelände besser geeignet waren als die Wunderwaffenpanzer des Reiches, die Challenger, Leoparden, Bradleys und Leclercs ihrer Zeit.

Die Deutschen hatten in Stalingrad, Kursk und in der Normandie mit einer Reihe von Nachteilen zu kämpfen, von denen viele auch heute noch relevant sind. Zunächst einmal wirft die unerbittliche Propaganda von Goebbels, man solle durchhalten, bis sich das Blatt auf magische Weise wendet, einen Vorgeschmack auf den heutigen 24/7-Dreck, der uns erzählt, Russland liege in den Knien und könne mit ein paar scharfen, von der NATO gelenkten Schlägen auf seine verwundbaren Regionen erledigt werden.

Der Kiewer (sic) Independent (sic) des MI5 ist in dieser Hinsicht führend. Die russischen Streitkräfte in der Ukraine sind nichts, was Estland oder die Slowakei nicht an einem feuchten Wochenende auslöschen könnten, heisst es dort. Russland ist nur ein fettleibiger Teddybär, der nur darauf wartet, dass ihm die Eingeweide herausgerissen und die Innereien herausgehackt werden, so wie ein Schlachtermesser ein totes Schwein zerteilt.

Obwohl die meisten der psychotischen NATO-Medien es gerne sähen, wenn Russland nach dem alten Prinzip «Wer blutet, der führt» in Stücke gehackt würde, hat sich dieser Prozess seit der illegalen Invasion der NATO im Irak beschleunigt, bei der die Journalisten des Westens nicht nur mit dem US-Militär zusammenarbeiteten, sondern auch deren Verbrechen bejubelten, ebenso wie die von Blackwater und anderen privatisierten Firmen, die wie James Bond mit Lizenzen zum Töten, Vergewaltigen und Plündern nach Lust und Laune ausgestattet wurden. Obwohl die Medien der NATO und nicht nur die Witzbolde des Kyiv Independent dafür verantwortlich sein sollten, verdienen sie viel Gesellschaft auf der Anklagebank.

Zu ihren Mitangeklagten sollten vorwiegend Geschäftemacher wie die Familien Bush und Blair, schmierige Profiteure wie die Haliburton-Familie Cheney und Pinocchios wie Merkel und Hollande gehören, deren glatte Lügen über das Minsker Abkommen die Ukraine in die Hölle geführt haben. Solange politische Profiteure wie sie und die Rüstungskonzerne, denen sie verpflichtet sind, nicht in vollem Umfang für ihre Verbrechen und ihre Dummheit bezahlen, werden die Kinder in der Ukraine, in Syrien, im Jemen, in Libyen und im Irak weiterhin mit ihrem Leben bezahlen.

Aber auch die amerikanischen und britischen Generäle, die für die Tötung dieser Kinder verantwortlich sind oder die ihre Asow- und ISIS-Vertreter bewaffnet haben, um sie zu töten, sollten büssen – nicht nur für ihre eigene Schuld, sondern auch für ihre extreme Dummheit. Diese dummen Generäle wissen, dass die Panzerregimenter der Sowjetunion von 1945 bis 1989 unaufhaltsam waren und dass sich die NATO deshalb, da sie keine anderen Optionen hatte, darauf vorbereitet hatte, den Dritten Weltkrieg in Süddeutschland und der Tschechoslowakei mit Atomwaffen zu führen.

Glaubt man angesichts der überwältigenden Überlegenheit der ehemaligen Sowjetunion im Panzerkrieg wirklich, dass Gerasimow und seine Kumpels nicht ein paar Tipps aufgeschnappt haben, dass sie nicht noch ein paar Tricks für den Bodenkrieg in petto haben? Oder glauben sie, dass Gerasimovs Streitkräfte wie die von Gaddafi mit Waffen überschwemmt sind, von denen sie keine Ahnung haben, wie sie sie einsetzen sollen? Wenn dem so ist, sollten sie besser ihren Frieden mit Gott machen, denn sie werden ihm in absehbarer Zeit begegnen.

Die Geschäftemacher der NATO sind von ihrer eigenen Hybris besoffen. Durchtränkt vom Blut der Unschuldigen in Jemen, Syrien, Irak und Jemen glauben sie, dass ihre Verbrechen, die bisher ungestraft geblieben sind, ihnen in der Ukraine noch grössere Gewinne einbringen werden. Aber da irren sie sich.

Zwar hat die NATO ihre eigenen Friedensbewegungen erfolgreich gedämpft, aber sie hat nichts getan, um Russland zu schwächen, das sich von seiner postsowjetischen Malaise erholt hat. Betrachtet man Russlands Feuerkraft, wie sie hier dargestellt wird, so ist sie furchterregend. In Bezug auf Personal, Luftwaffe, Land- und Seemacht, natürliche Ressourcen, Finanzen, Logistik und Geografie ist Russland eine Weltmacht, mit der man sich nicht vorschnell auf einen völlig vermeidbaren Kampf einlassen sollte, vor allem nicht auf einen Kampf, der Russlands beträchtliche Stärken ausspielt.

Was Panzer, selbstfahrende Artillerie und mobile Raketenwerfer angeht, ist Russland die überragende Macht der Welt. Die Russen lassen sich nicht unterkriegen, und alle britischen, französischen, deutschen und amerikanischen Panzerbesatzungen, die in die Ukraine vordringen, sollten sich in Acht nehmen. Sollten sie auch nur in Erwägung ziehen, Russlands Grenzen zu durchbrechen, besorgen sie sich am besten eine demografische Karte, die ihnen verrät, dass nur Moskau und St. Petersburg mehr als 1'500'000 Einwohner haben und dass Russlands 143'000'000 Bürger, die über ihr riesiges und unbesiegbares Heimatland verstreut sind, jede Streitmacht vernichten werden, die dumm genug ist, einzumarschieren, so wie die Keulen, Sensen und Schwerter ihrer Vorfahren Napoleons La Grande Armée ins Verderben schickten.

Auch wenn sich die Geschichte in der Ukraine höchstwahrscheinlich in etwas weitaus Schrecklicherem als einer blossen Farce wiederholen muss, sind diejenigen, die die Zeugnisse der Geschichte ignorieren, dem Untergang geweiht. Eine solche Stimme aus dem Jenseits ist die von Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt, einem Cousin von General Heinrici, der sage und schreibe 53 Jahre lang in den Armeen des Deutschen Kaiserreichs, des Königreichs Preussen, der Weimarer Republik und des nationalsozialistischen Deutschlands diente und dabei mehr als nur ein paar Tricks aufgeschnappt hat. Als ihm Hitlers Pläne zur Abwehr der Invasion in der Normandie vorgelegt wurden, spottete er, dass weder Feldmarschall von Moltke der Ältere noch Feldmarschall von Moltke der Jüngere ihm jemals eine solche Dummheit verziehen hätten, wenn er Hitlers idiotische Pläne umsetzen würde.

Als Hitler die Bitten von Rommel und von Rundstedt ablehnte, Caen sofort zu evakuieren, fragte Feldmarschall Kietel, Hitlers kriecherischer Stabschef, von Rundstedt: «Was sollen wir tun?» Von Rundstedt antwortete scharf: «Macht Schluss mit dem Krieg, ihr Idioten!»

Kluge Worte, die heute noch genauso aktuell sind wie am 30. Juni 1944, als von Rundstedt sie Hitler und seinen Mit-Idioten gegenüber äusserte. Aber Idioten hören nie zu, nicht auf einen von Rundstedt, einen Rommel oder einen Schönbach, denn es gibt zu viel leicht verdientes Geld, wenn man sich an diejenigen anbiedert, die von der Produktion der Challengers, der Bradleys, der Leclercs und der Leopards profitieren und die sie und das unermessliche Leid, das sie verursachen, weiterhin produzieren werden, solange Idioten wie Selensky und dem britischen Schürzenjäger Boris Johnson, der sich nach Kiew zurückgezogen hat, um Selensky seinen Text vorzubereiten, zugehört wird.

QUELLE: END THE WAR, YOU IDIOTS!

Quelle: <https://uncutnews.ch/beendet-den-krieg-ihr-idioten/>

Putin warnt Westen: Russland wird auf Bedrohungen reagieren – und das nicht nur mit Panzern

de.rt.com, Do, 02 Feb 2023 18:05 UTC

Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte, dass die westliche Aggression gegen Russland weiter voranschreite, unter anderem durch Panzer-Lieferungen. Nun sollte jeder verstehen, dass sich Russland bei der Reaktion darauf nicht mit gepanzerten Fahrzeugen begnügen werde, hiess es.



Wladimir Putin (Archivbild)

Das russische Staatsoberhaupt Wladimir Putin hat bei einem Konzert anlässlich des 80. Jahrestages des Sieges in der Schlacht von Stalingrad eine Rede gehalten. Der Präsident wies darauf hin, dass es sich dabei nicht nur um einen Kampf um eine Stadt, sondern auch um die Existenz eines gequälten, aber unbesiegten Landes gehandelt habe. Damals sei nicht nur der Ausgang des Grossen Vaterländischen Krieges, sondern auch des gesamten Zweiten Weltkrieges entschieden worden. Putin wörtlich:

«Wir haben uns, wie schon so oft in unserer Geschichte, in der entscheidenden Schlacht zusammengeschlossen und gewonnen. Die Schlacht von Stalingrad ist zu Recht als ein grundlegender Wendepunkt des Grossen Vaterländischen Krieges in die Geschichte eingegangen.»

Ferner wies der russische Präsident darauf hin, dass der Nazismus in seiner heutigen Form wieder eine Gefahr für das Land darstelle. Nun müsse Russland die Aggression des kollektiven Westens abwehren. Moskau werde erneut mit deutschen Panzern bedroht, wieder einmal wolle man gegen Russland Krieg führen – mit Bandera-Anhängern. Weiter unterstrich Putin:

«Diejenigen, die Russland auf dem Schlachtfeld besiegen wollen, sind sich offenbar nicht bewusst, dass ein moderner Krieg gegen Russland für sie völlig anders verlaufen würde. Wir schicken unsere Panzer nicht an ihre Grenzen. Aber wir haben etwas, womit wir antworten können, und das wäre nicht nur auf den Einsatz von gepanzerten Fahrzeugen beschränkt, das muss jedem klar sein.»

Der Präsidentsprecher Dmitri Peskow kommentierte die Äusserungen Wladimir Putins wie folgt:

«Sobald neue, vom kollektiven Westen gelieferte Waffen auftauchen, wird Russland sein gesamtes Potenzial umfassender einsetzen, um darauf in der speziellen Militäroperation zu reagieren.»

Wladimir Putin fügte hinzu, dass diejenigen, die Russland bedrohten, eine einfache Wahrheit nicht verstünden. Das ganze russische Volk habe «mit der Muttermilch die Traditionen unseres Volkes, der Generation der Sieger, aufgesogen, die mit ihrer Arbeit, ihrem Schweiß und ihrem Blut unser Land geschaffen und es uns als Erbe weitergegeben haben», so der Präsident.

Letzte Woche hatte Berlin seine Haltung bezüglich der Lieferung moderner Panzer an Kiew geändert und zugesagt, die Ukraine mit 14 Leopard-2-Panzern zu beliefern und den europäischen Ländern die Wiederausfuhr von Fahrzeugen aus deutscher Produktion aus ihren eigenen Beständen zu ermöglichen. Die Zahl der Leopard-Panzer, die an die Ukraine übergeben werden sollen, beläuft sich auf rund 112 Fahrzeuge. Washington wiederum hatte die Lieferung von 31 Abrams-Panzern genehmigt, rechnet aber frühestens Ende 2023 mit deren Auslieferung.

Moskau hat den kollektiven Westen wiederholt aufgefordert, die Ukraine nicht mit modernen Waffen «vollzupumpen», und davor gewarnt, dass die laufende Militärhilfe die Kampfhandlungen nur verlängern und den einfachen Ukrainern mehr Leid zufügen werde, anstatt den Ausgang des Konflikts zu ändern.

Quelle: <https://de.sott.net/article/35716-Putin-warnt-Westen-Russland-wird-auf-Bedrohungen-reagieren-und-das-nicht-nur-mit-Panzern>

Interview mit Lawrow: Ziele der Sonderoperation, Druck des Westens und «Endlösung der Russenfrage»

de.rt.com, Do, 02 Feb 2023 18:20 UTC

Der russische Aussenminister Sergei Lawrow wurde von RIA Nowosti und Rossiya 24 interviewt. Er sprach über den Zweck der russischen Sonderoperation in der Ukraine, den Krieg mit der NATO, die Versuche des Westens zur «Endlösung der Russenfrage» und vieles mehr.



*Der russische Aussenminister Sergei Lawrow in einem Interview
mit RIA Nowosti und Rossiya 24, 2. Februar 2023*

Über Ziele der Sonderoperation

Russlands Ziel bei der speziellen Militäroperation in der Ukraine sei es, «die wichtigsten Aufgaben zu lösen, nämlich unsere Unabhängigkeit zu sichern, die Interessen unserer Kultur zu wahren und die Menschen zu schützen, die Teil der russischen Kultur sein wollen», sagte der russische Aussenminister Sergei Lawrow in einem Interview mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti und dem Fernsehsender Rossiya 24. Er erklärte: «Wir alle wollen, dass dies ein Ende hat, aber es ist nicht der Zeitfaktor, der hier wichtig ist, sondern der Substanzfaktor, der Qualitätsfaktor der Ergebnisse, die wir für unser Volk bereitstellen, für die Menschen, die Teil der russischen Kultur bleiben wollen und denen von der Kiewer Junta mit Unterstützung des Westens jahrelang alles Russische vorenthalten wurde.»

In der Sonderoperation versuche Moskau, die ukrainischen Truppen in eine für das russische Territorium sichere Entfernung zurückzudrängen, einschliesslich neuer Gebiete, nämlich der LVR, der DVR, die Gebiete Saporoschje und Cherson, erklärte der Diplomat. Je mehr Langstreckenwaffen der Westen an das Kiewer Regime liefere, desto weiter von den russischen Grenzen entfernt müsse das ukrainische Militär zurückgehalten werden. Der Minister sagte:

«Die gesamte NATO befindet sich im Krieg gegen uns, und da sind einige Reden und Beschwörungen, dass wir uns nicht im Krieg befinden, sondern nur aufrüsten, lächerlich.»

Nach Ansicht des russischen Aussenministers wächst die Eskalation des Konflikts wie ein Schneeball – «alles begann mit der Lieferung von Helmen für die ukrainischen Soldaten, dann kamen Handfeuerwaffen hinzu, und jetzt wird bereits mit voller Wucht über Flugzeuge gesprochen». Lawrow bemerkte: «Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz schwört, dass dies [die Flugzeuglieferungen] niemals passieren wird, **aber Scholz ist auch dafür bekannt, dass er seine Position sehr schnell ändern kann.**»

Bestätigend wies der Leiter der russischen diplomatischen Vertretung auf die Heuchelei und Inkonsequenz der deutschen Politik hin. Er sagte: «Da ist er [Scholz] bei weitem nicht allein. Hier sagte er, dass die NATO niemals gegen Russland in den Krieg ziehen würde, und seine Aussenministerin [Annalena] Baerbock sagte: «Wir befinden uns bereits im Krieg gegen Russland.»

Lawrow wies auch darauf hin, dass es laut Experten nicht möglich sei, in zwei oder drei Monaten zu lernen, einige der Waffen zu benutzen, die die Ukraine bereits von den NATO-Ländern erhalten habe oder erhalten werde. Folglich bestehe eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass mit diesen Systemen auch ausländische Kämpfer in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte agieren, die sich von ihren Armeen haben beurlauben und als Söldner haben registrieren lassen.

Über Gründe der Sonderoperation

Die militärische Sonderoperation in der Ukraine sei unvermeidlich und ihre Gründe und Ziele seien von Präsident Wladimir Putin ausführlich erläutert worden, erinnerte der russische Aussenminister. Lawrow erklärte: «Putin erläuterte sehr ausführlich die Ziele, die Gründe und die Unvermeidbarkeit unserer speziellen Militäroperation. Und er hat es nicht plötzlich getan, sondern nach acht Jahren, sogar mehr als acht Jahren, beginnend mit der Münchner Rede 2007, nach vielen, vielen Jahren, in denen er dem Westen erklärt hatte, dass der Westen in die falsche Richtung steuert und alles untergräbt, wozu er sich selbst verpflichtet hat, einschliesslich der Unteilbarkeit der Sicherheit in Europa.»

Gleichzeitig basiere das Kiewer Regime auf der Nazi-Ideologie, aber viele westliche Politiker weigern sich, dies zu bemerken, so der russische Diplomatenchef weiter. Alle Erklärungen seiner Bewunderer und Puppenspieler seien ein Versuch, die «Russenfrage» endlich zu lösen. Im Westen werden Naziregime unterstützt und gefördert, und es werde regelmässig dazu aufgerufen, Russland eine strategische Niederlage beizubringen, damit es sich «für lange Zeit nicht mehr erheben kann». Diesbezüglich fragte Lawrow: «Ursula von der Leyen hat gesagt, dass das Ergebnis des Krieges eine Niederlage für Russland sein sollte, und zwar eine solche, dass es für Jahrzehnte, lange Jahrzehnte nicht in der Lage sein wird, seine Wirtschaft wieder aufzubauen. Ist das nicht rassistisch, ist das nicht nazistisch?»

Anschliessend fügte der Aussenminister hinzu:

«Als ich die Ideologen von Hitler-Deutschland zitiert hatte, die sich mit der «Endlösung der Judenfrage» beschäftigten, sagte ich, dass sich auch jetzt ganz Europa, angeführt von den USA, gegen uns versammelt und verschiedene Slogans verkündet, aber der Sinn ist derselbe – zu Lebzeiten der jetzigen Generation die «Russenfrage» endgültig zu lösen. Ja, wenn auch nicht mit Gaskammern, aber sie wollen, dass Russland als Grossmacht aufhört zu existieren, dass es an den Rand gedrängt wird, dass die Wirtschaft zerstört wird.»

Über «Weigerung» der Verhandlungen mit Kiew

Lawrow betonte, dass die russischen Diplomaten jetzt viel zu tun hätten – sie müssten regelmässig klären, was vor sich gehe. Ausserdem müssten sie ständig Lügen entlarven, insbesondere über Russlands Weigerung zu verhandeln.

Der Aussenminister erinnerte daran, dass die westlichen Länder den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selensky im März gezwungen haben, Verhandlungen abzulehnen, obwohl von Anfang an die Möglichkeit bestand, die Situation auf politischem Wege zu lösen. Seitdem werde das Kiewer Regime zur Fortsetzung der Militäraktionen gedrängt und ständig aufgefordert, auf dem Schlachtfeld zu siegen.

Über das US-amerikanische Konzept der Einzigkeit

Die Ursprünge der Konfrontation mit dem Westen sollten nicht in bestimmten Ereignissen, sondern in US-amerikanischen Ideen und Konzepten gesucht werden. Lawrow erinnerte: «Ich würde vorschlagen, sich der Ära Barack Obamas zuzuwenden und seine Erklärungen zur US-amerikanischen Einzigkeit zu lesen. Und Joe Biden hat diese Idee immer wieder propagiert. Blinken sagte, dass die US-Amerikaner verpflichtet seien, ihre aussergewöhnliche Chance zur Führung wahrzunehmen. Sehr «bescheiden».

Das bedeute, dass allen anderen, ausser den US-Amerikanern, das Recht verweigert werde, sich an ihre Geschichte zu erinnern, erklärte der Minister. Er ging auch auf die Haltung der USA gegenüber ihren Partnern ein: Die US-Amerikaner forderten zwar etwas für sich, böten aber keine Gegenleistung, sondern drohten nur mit Strafe. Der russische Aussenminister zeigte sich zuversichtlich: «Diese Einzigkeit, diese absolute Überzeugung von der eigenen Unfehlbarkeit und Überlegenheit ist meiner Überzeugung nach der Hauptgrund dafür, dass wir uns jetzt mit den Ländern auseinandersetzen, die über das Kiewer Regime einen hybriden Krieg gegen uns führen.»

Ebenso wies Lawrow darauf hin: «Die Vereinigten Staaten und alle Westler, die sich den USA unterworfen haben, verstehen unter Demokratie das Recht, ihr Verständnis von Demokratie durchzusetzen.»

Russland, so stellte der Minister klar, vertrete jedoch ein anderes Verständnis von Unabhängigkeit, das insbesondere in UN-Dokumenten verankert sei.

Moskau bereite sich auch auf die zahlreichen Fälschungen vor, die von westlichen Politikern zum Jahrestag des Beginns der militärischen Sonderoperation (24. Februar) vorbereitet wurden. Lawrow erklärte, dass Russland der Welt etwas über die Verbrechen der USA gegen die Welt, Europa und die Ukrainer zu sagen habe. Er sagte:

«Es geht nicht nur um die militärischen und biologischen Programme der US-Amerikaner in der Ukraine, sondern auch um die direkte Beteiligung der USA an den Sprengungen der Nord-Streams.» Über Länder, die sich anschicken, eine «Neue Ukraine» zu werden.

Lawrow sprach auch über die Pläne des Westens, die Länder zu bilden, die die «Neue Ukraine» werden sollen. Er sagte, dass der Westen vorrangig auf Moldawien setze – die Präsidentin des Landes, Maia Sandu, sei «begierig darauf, der NATO beizutreten» und sie sei bereit für die Vereinigung Moldawiens mit Rumänien. Lawrow erklärte: «Moldawien wird für diese Rolle ins Auge gefasst, weil er [der Westen] eine Präsidentin an die Spitze setzen konnte, die unbedingt der NATO beitreten möchte. Die Tatsache, dass parallel dazu die Arbeit im 5+2-Format (zur Beilegung des Transnistrien-Konflikts) sabotiert wurde, zeigt den Wunsch der USA und Europas, eine «zweite Ukraine» zu schaffen.»

Der Westen versuche dies auch in Bezug auf Georgien, um es zu einem «Anti-Russland» zu machen. Lawrow sagte: «Ich habe keinen Zweifel daran, dass sie Georgien in ein weiteres Ärgernis verwandeln wollen, die Situation in jene Zeiten der Aggression zurückbringen wollen.»

Gleichzeitig würdigte der Minister die Tatsache, dass sich die georgische Regierung angesichts des beispiellosen Drucks des Westens weiterhin von ihren nationalen Interessen leiten lasse.

Ausserdem sei die Lage in Zentralasien auch nicht einfach. Lawrow erläuterte: «Wir diskutieren ganz offen mit unseren Freunden. Sie können sehen, wie aktiv westliche Kollegen seit mehr als einem Jahr pro-amerikanische, pro-europäische und pro-NATO-Non-Profit-Organisationen fördern. Mit den Mitteln der Soft Power versuchen sie, unsere Beziehungen zu einigen zentralasiatischen Ländern in Frage zu stellen.»

Er fügte hinzu, dass die Anstrengungen der USA und der EU keine positive Reaktion in der Region hervorriefen. Der Minister stellte dazu klar: «Aber es wird gegen Russland gearbeitet, wo der Westen im postsowjetischen Raum präsent ist.»

Über die Beziehungen mit China

In Bezug auf die Beziehungen zu China betonte der russische Aussenminister, dass die beiden Länder kein Militärbündnis bildeten, aber die Interaktion zwischen Moskau und Peking qualitativ viel höher als bei Militärbündnissen im klassischen Sinne sei, so Lawrow.

«Sie [die Beziehungen] haben keine Beschränkungen oder Grenzen, und es gibt keine Tabuthemen. Sie sind wirklich die besten in all den Jahren des Bestehens der Sowjetunion, der VR China und der Russischen Föderation.»

Gleichzeitig versuchten die USA, die Interaktion zwischen den beiden Ländern zu behindern. In internationalen Handels- und Finanzorganisationen stellten sich die US-Amerikaner aktiv gegen China. **Aber jetzt könnten die BRICS-Länder so viele Anteile und Stimmen für sich beanspruchen, dass sie der Vorherrschaft der USA ein Ende bereiten werden, so der Minister abschliessend.** Der russische Aussenminister

fügte hinzu: «China wird unweigerlich damit beginnen, seine Abhängigkeit zu verringern, aber es wird mehr Zeit brauchen, um parallele Instrumente zur Verteidigung gegen die US-Willkür zu schaffen.»

Über Frieden

Auf die Frage, ob er für den Frieden sei, betonte Lawrow, dass dies eindeutig der Fall sei. Er wies jedoch darauf hin, dass er den Gedanken «Wenn du Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor» nicht teile. Nach Ansicht des Diplomaten stehe er der Idee näher, die wie folgt formuliert werden kann: «Wenn du Frieden willst – sei bereit, dich zu verteidigen»

Lawrow kam zu dem Schluss, dass Russland aus der aktuellen geopolitischen Situation gestärkt hervorgehen und in der Lage sein werde, noch wirksamer für sich selbst einzutreten.

Quelle: <https://de.sott.net/article/35717-Interview-mit-Lawrow-Ziele-der-Sonderoperation-Druck-des-Westens-und-Endloesung-der-Russenfrage>

Messeranschlag: Erneut ein Täter «verwirrt»? Täterherkunft «egal»?

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 28. Januar 2023

Von Gastautor Steffen Meltzer

Messeranschlag im Regionalzug von Kiel nach Hamburg. Ein 33-jähriger staatenloser Palästinenser tötet mit einem Messer ein 17-jähriges Mädchen und einen jungen Mann, 19. Ausserdem verletzt er sieben weitere Menschen, davon werden gegenwärtig zwei Opfer im Krankenhaus operiert. Der Täter (korrekt: Tatverdächtiger) war erst sechs Tage nach seiner Haftentlassung auf freien Fuss. Das Verbrechen kam dabei keineswegs «überraschend», die bisherige Strafakte:

Seit 2015 ist der «Flüchtling» mindestens zwölfmal polizeilich in Erscheinung getreten.

2015 Ladendiebstahl in Euskirchen, Missbrauch von Scheckkarten in Bonn,

2016 gefährliche Körperverletzung in Euskirchen, gefährliche Körperverletzung in Bad Münstereifel, Ladendiebstahl in Euskirchen,

2018 Körperverletzung in Köln,

2019 sexuelle Nötigung in Euskirchen,

2020 Sachbeschädigung in Euskirchen, Körperverletzung in Bonn und 2x Körperverletzung in Euskirchen und Bedrohung in Euskirchen. Er befand sich bis zum 19. Januar dieses Jahres in Untersuchungshaft.

Selbst in U-Haft soll Ibrahim A. Mithäftlinge angegriffen haben.

Focus-online berichtet: «...attackierte er bereits drei Mal Menschen mit einem Messer».

2023 nunmehr ein Haftbefehl wegen zweimal Mord und viermal wegen versuchten Totschlags.

Bemerkenswert ist die bei solchen Taten oft zu lesende Behauptung, der Messerstecher, hätte (angeblich) «einen verwirrten Eindruck gemacht», so die einheitliche Medienberichterstattung aufgrund einer Ermittleraussage. Dabei ist gar nicht wichtig, ob der Palästinenser nach der Tat schuldfähig war, entscheidend ist vielmehr, ob er zum Tatzeitpunkt Herr seiner Sinne war. Das kann kurz nach der Festnahme kein Ermittler ernsthaft und seriös beurteilen wollen. Ein Negativbeispiel ist ein Messerstecher, der am 6. November 2021 im ICE 928 Passau–Hamburg vier Fahrgäste verletzt hatte und der kurz nach der Tat zu den festnehmenden Polizeibeamten sagte: «Ich bin krank, ich brauche Hilfe.» Bei einer Pressekonferenz wurde dieser «Hinweis» des Täters genutzt, um eine eventuelle psychische Erkrankung ins Spiel zu bringen. Ein Gericht entschied später, dass er seine Tat in voller Schuldfähigkeit begangen hatte, bei der Tat hatten islamistische Motive eine Rolle gespielt.

Auch jetzt schaut wieder einmal eine «psychische Störung/Erkrankung» verdächtig um die Ecke, die in den Medien faktisch fast jedem schweren Verbrecher mit Migrationshintergrund explizit genannt wird. Jemand, der in der Lage ist, zwei Menschen mit einem Messer zielgerichtet zu ermorden, ist nicht «wirr», sondern meines Erachtens bei Verstand. Zumal hier eine gewisse Konditionierung/Erfahrung durch die Vortaten in die Bewertung einbezogen werden muss. Zwei Menschen zu töten und sieben weitere (teils schwer) zu verletzen, das bedarf der Vorbereitung/Planung, Raffinesse und Hinterhältigkeit, sehr schnelle und rationale Handlungen in der Abfolge, um die Angriffe erfolgreich zu Ende zu führen. Diese geistigen-rationalen Leistungen zu erbringen, zeugt für mich von Rationalität und Schuldfähigkeit während seines Vorgehens. Dass er NACH der Tat von sich selbst ergriffen ist, und das auf manche vielleicht etwas «komisch» wirken könnte, mag sein. Muss jedoch nichts mit «Verwirrtheit» zu tun haben. Zwei Menschen umzubringen und über ein halbes Dutzend zu verletzen, macht nicht einmal ein Serienmörder jeden Tag.

Ein Psychiater bewertet in Focus-online dessen emotionalen Zustand folgendermassen (Zitat): «Vielmehr wirke es so, als sei dieser wütend geworden, aufgebracht – und habe dann aggressiv gehandelt. «Eine Art

Raptus-Tab. Dass er ein Messer dabei hatte, könne man mutmasslich auch auf die kulturellen Hintergründe des Mannes zurückführen.» Zitat Ende.

Nun ja, wenn man seine Straftakte liest, muss der «Raptus-Effekt» aber sehr oft aufgetreten sein. Ein Fachkollege des Psychiaters hatte bei einer psychiatrischen Begutachtung in der Hamburger Justizvollzugsanstalt Billwerder kurz vor dessen Entlassung schriftlich attestiert, dass bei dem staatenlosen Palästinenser «weder eine Eigen- noch Fremdgefährdung» vorliegt. Ich nehme an, der Focus-Psychiater wird bei der nächsten Messertat wieder vom Focus kontaktiert. Wer einmal «das Richtige» sagt, ist immer wieder dabei.

Viel wichtiger als die Frage einer «Raptus-Tab» ist die Erörterung, warum der 33-jährige noch nicht abgeschoben wurde. Und das ist kein Einzelfall. Abschiebungen retten Menschenleben.

Täterherkunft

Einmal mehr ein grosser Streitgegenstand. So weigert sich der NDR-Hamburg, die Täterherkunft zu benennen, weil es angeblich der Demokratie abträglich wäre und «zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung oder zu Fehlinterpretationen» führen würde. Betreutes Denken von selbsternannten Oberlehrern ist mir persönlich als Rundfunk-Gebührenden zuwider. Mir wäre es lieber, der öffentlich-rechtliche Rundfunk würde seiner Informationspflicht nachkommen. Im Gegenteil schafft das systematische Ausblenden gerade denen eine Steilvorlage, die man angeblich bekämpft aber in Wirklichkeit täglich auf das Neue produziert.

Warum ist die Täterherkunft für mich wichtig? Im Grunde ist es mir tatsächlich «egal» ob der Täter ein Deutscher, Afghane, Indianer oder ein Alien von einem fernen Planeten ist, das mit einem UFO gelandet ist.

Wer Straftaten erfolgreich bekämpfen will, muss selbstverständlich die Täterherkunft und dessen ursächliche Sozialisation in Bezug auf Land, Kultur, Elternhaus, Religion, Geschlecht, Alter u.v.m. glasklar analysieren. Präventivmassnahmen ins Blaue, wie so oft geschehen, sind Geld- und Zeitverschwendung, bestenfalls Arbeitsbeschaffungsmassnahmen aus Gefälligkeiten. Täter lachen darüber. Deshalb müssen nach den Ursachenforschungen konkrete spezifische Massnahmen auf die jeweilige Tätergruppe sehr genau festgezurret werden. So würden es verantwortungsvolle Zeitgenossen tun. Tagungen und Arbeitsgruppen beispielsweise gegen Jugendgewalt, wie in Berlin vorgesehen, bearbeiten Probleme, ohne diese konkret zu benennen. Aktionismus, Alibi und Zeitverschwendung. So verhindert man eher, dass ein konkret-spezifisches Programm zusammengestrickt wird, um punktgenau die Zielgruppe tatsächlich zu erreichen. «Egal» könnte die Täterherkunft mutmasslich nur für diejenigen sein, die eigene Fehler gemacht haben. Zum Beispiel für Verantwortliche, die es verpasst haben, Täter, die wiederholt straffällig werden, aufzuspüren und abzuschieben. «Egal» könnte die Täterherkunft mutmasslich für diejenigen sein, die mit einer unkontrollierten Einwanderungspolitik Straftätern, Gefährdern u.ä. Personen, ungefiltert die Tore öffnen. Egal ist es den Angehörigen der Familien eben NICHT, wenn durch diese Versäumnisse ihre Kinder, Ehefrauen und Mütter ums Leben kommen. Diese Haltung «Täterherkunft – egal» finde ich deshalb menschenverachtend.

Die nicht durchgeführten Abschiebungen von notorischen Straftätern, selbst von denen, die schwere Verbrechen begehen, sind einfach auf den Punkt zu bringen. Wir werden Zeitzeugen von gesellschaftlichen Zerfallsprozessen. Verantwortungsbewusste Sozialwissenschaftler sprachen davon bereits vor der Flüchtlingskrise 2015. Die Flüchtlingswelle, die ungefilterte Einwanderung, die oftmals anzutreffende Unfähigkeit bzw. der mangelnde Wille, kriminelle Ausländer abzuschieben, sind nur der Katalysator. Die EU sprach heute davon, bei den Abschiebungen hart durchzugreifen. Prompt vernehme ich, unsere Innenministerin Faeser ist dagegen. Dezidiert kann hier Ideologie über das Recht und den gesellschaftlichen Frieden gestellt werden. Da hilft auch die gebetsmühlenartige undifferenzierte Parole nichts, dass die Kriminalität sinken würde. Bei deutlich weniger jungen Männern als vor vielen Jahrzehnten ist das alles andere als unnormal. Das ist ohnehin eine reine statistische Erhebung des polizeilich bekannten Helfeldes, jedoch ausdrücklich nicht die Lebensrealität. Wohin die Reise weitergehen könnte, haben uns des weiteren die vielen Ausschreitungen in Frankfurt, Stuttgart und Berlin gezeigt.

Bei der Bekämpfung der Kriminalität galt einst der Grundsatz: Jedes Verbrechen, das nicht zeitnah geahndet wird, stärkt Straftäter, da sie diese staatliche Inkonsequenz als Stärkung ihres unsozialen Verhaltens verinnerlichen, das dazu führt, dass in immer kürzeren Abständen immer schwerere Straftaten begangen werden. Ja, bei der konsequenten Verfolgung von Straftaten ist die Täterherkunft tatsächlich egal.

Tatsächliche psychische Störungen und Erkrankungen bei Flüchtlingen

Um es vorweg zu sagen, es ist bei weitem nicht jeder Geflüchtete «traumatisiert», auch nicht jeder zweite, wie das jahrelang kolportiert wurde. Es ist wie bereits angeführt bezeichnend, wie sehr in den Medien die Psychokarte einmal mehr ausgespielt wird, offensichtlich um zu relativieren und zu besänftigen. Diese Flüchtlingspolitik produziert jedoch tatsächlich kranke Menschen. Wer fühlt sich schon in einem kulturfremden kalten Land wohl, dessen Sprache er nicht beherrscht, der keine Qualifikation und Verhaltens-Basics mitbringt, um sich selbst zu ernähren, dessen unrealistische Erwartungshaltungen tief enttäuscht werden u.v.m.? Dazu die zunehmende Entfremdung von der hiesigen Gesellschaft. Klar, dass da einige gesundheitliche Probleme bekommen und ihre Wut an den nächstbesten Deutschen oder anderen Migranten als Stell-

vertreteropfer auslassen. Heisst auch, es kann jeden unerwartet erwischen. «Eigentlich» sollte diese Erkenntnis zu einer Korrektur in der Einwanderungspolitik führen. Normalerweise ...

Steffen Meltzer ist Autor des Buches «Ratgeber Gefahrenabwehr: So schützen Sie sich vor Kriminalität – Ein Polizeitrainer klärt auf»

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2023/01/28/messeranschlag-erneut-ein-taeter-verwirrt-taeterherkunft-egal/>

Schädigungen durch den COVID-Impfstoff werden jetzt in Kanada anhand von auf der Strasse fahrenden Lastwagen öffentlich dargestellt

uncut-news.ch, Februar 6, 2023



Seit der Einführung des COVID-19-Impfstoffs in Kanada hat die kanadische Gesundheitsbehörde PHAC (Public Health Agency of Canada) 52.203 unerwünschte Ereignisse in ihrem System dokumentiert.

Die liberale Regierung unter Justin Trudeau zahlte fast 2,8 Millionen Dollar an Entschädigungen für Verletzungen, die durch die experimentellen Covid-19-Impfungen entstanden waren.

Zwischen Juni 2021 und dem 1. Dezember 2022 wurden insgesamt 1299 Anträge beim Vaccine Injury Support Program (VISP) eingereicht.

Bislang hat Health Canada 50 Anträge wegen schwerer und dauerhafter Schäden durch Impfstoffe genehmigt.

209 Anträge wurden als nicht förderfähig eingestuft, da sie nicht die erforderlichen Informationen enthielten oder nicht den Förderkriterien entsprachen.

Das VISP teilte mit, dass von den verbleibenden Anträgen 221 vollständig vom medizinischen Prüfungsausschuss des Programms geprüft wurden, 48 Anträge auf eine Prüfung durch den medizinischen Prüfungsausschuss warten und bei 662 Anträgen die medizinischen Unterlagen noch nicht vorliegen.

«Bei diesen Anträgen handelt es sich um Fälle, bei denen der medizinische Prüfungsausschuss festgestellt hat, dass ein wahrscheinlicher Zusammenhang zwischen der Verletzung und dem Impfstoff besteht und dass die Verletzung schwerwiegend und dauerhaft ist», heisst es in der Mitteilung des Programms.

Die YANA-Kampagne «You Are Not Alone» (Du bist nicht allein) wurde in Ontario, Kanada, gestartet, um das Bewusstsein für die Gefahren der COVID-19-Impfstoffe zu schärfen.

«Unser erster Truck mit Meredith rollte am Donnerstag, dem 19. Januar 2023, auf die Strassen von Ontario», heisst es in einem Eintrag auf der Website der Kampagne.

«Es gibt viele von uns, die verstehen, was ihr durchmacht – wir sind zu einer sehr unterstützenden Gemeinschaft geworden. Bleibt stark – teilt eure Geschichten – wir werden gemeinsam heilen», sagte Meredith.

Mehr von YANA: Helfen Sie mit, mehr Lkw auf die Strasse zu bringen – mit jeweils einem tapferen Kanadier, der durch die COVID-19-Impfung verletzt worden ist.

Für Trucker: Wenn Sie als Lkw-Fahrer an dieser Kampagne teilnehmen möchten, füllen Sie bitte den Antrag für die YANA-Kampagne für Lkw-Fahrer auf dieser Seite aus. Teilen Sie uns im Nachrichtenfeld am Ende des Formulars mit, welche Kommunikationsart Sie bevorzugen (E-Mail, Telefon/SMS).

Für Sponsoren: Wenn Sie einen Truck sponsern möchten, teilen Sie uns mit, ob Sie lieber anonym bleiben möchten oder ob wir Ihren Namen/Logo (12" x 12") auf dem Aufkleber abbilden sollen.

QUELLE: INJURIES FROM THE COVID-19 VACCINE ARE NOW BEING PUBLICLY DISPLAYED IN CANADA USING TRUCKS DRIVING DOWN THE STREET– JOIN THE CAMPAIGN!

Quelle: <https://uncutnews.ch/schaedigungen-durch-den-covid-impfstoff-werden-jetzt-in-kanada-anhand-von-auf-der-strasse-fahrenden-lastwagen-oeffentlich-dargestellt/>

Niederlande. Öffentliche Rundfunkanstalt mit tausenden Todesanzeigen überklebt. «Plötzlich gestorben», «Herzversagen nach Punctionen», «René ist tot»!

uncut-news.ch, Februar 6, 2023



Am Samstagmorgen war das NOS-Gebäude (Öffentliche Rundfunkanstalt) mit 14'445 Post-its gefüllt. Jeder Post-it steht für einen Todesfall im Jahr 2022. Vor dem Gebäude hielten Menschen Transparente mit Texten wie «NOS = Fake News», «Ehrliche Untersuchung der Übersterblichkeit», «NOS, RTL, SBS, NRC, AD, Telegraaf, Trouw, wir haben eure Lügen satt», «Hört auf zu lügen» und «Stoppt die Zensur».



Auf den Post-its standen Texte wie «Plötzlich gestorben», «Herzversagen nach Punktionen», «Plötzlich ist es das neue Normal» und «Pfizer-Bericht». Ausserdem wurden Namen genannt: «Jonathan, 42 Jahre alt», «René ist tot». Zwischen den Post-its hingen auch A4-Blätter, auf denen stand: «Medien = Virus», «Medien hört auf zu lügen» und «Gekaufte Journalisten».

Hilversum. Ruim 14000 post its op het NOS gebouw. In verband met de oversterfte in 2022. Vele blaadjes met voornamen van mensen, die onder de 60 jaar gestorven zijn. pic.twitter.com/8pCMkfU5nw

— Suzanne Weijers (@suzanne_weijers) February 4, 2023

Während Covid wurde jede «Coronadode» mit grossem Tamtam publiziert und den Menschen wurde Angst eingeflösst. Als nach der Einführung der Corona-Impfstoffe plötzlich viel mehr Menschen starben als erwartet, blieb es still. Vor allem Länder mit hoher Durchimpfungsrate leiden unter einer Übersterblichkeit.

Quelle: <https://uncutnews.ch/niederlanden-oeffentliche-rundfunkanstalt-mit-tausenden-todesanzeigen-ueberlebt-ploetzlich-gestorben-herzversagen-nach-punktionen-rene-ist-tot/>

«Leoparden»:

Es zeichnet sich ab, wie die Deutschen in der Ukraine kämpfen werden

uncut-news.ch, Februar 6, 2023

Deutschland wird erneut in einen Kampf mit Russland hineingezogen

Deutschland hat also beschlossen, entweder zehn oder fünfzehn Leoparden in die Ukraine zu schicken. Was wird folgen? Wird sich Deutschland auf diese «Tank-Tranche» beschränken? Und wird man ihr die Möglichkeit geben, sich darauf zu beschränken? Wird sie sich kopfüber in den Strudel dieses Kampfes stürzen müssen? Das muss sie auch. Und hier ist der Grund dafür.

Die Deutschen haben bereits den ersten Schritt in den Abgrund getan, indem sie – wenn auch unter Druck – beschlossen haben, Panzer an die Ukraine zu liefern. Aber ... Panzer brauchen Besatzungen. Die Ukrainer haben keine ausgebildeten Besatzungen für die Arbeit an deutschen «Leoparden». Und es dauert lange, sie auszubilden.

Ein moderner Panzer ist eine ziemlich komplizierte, mit Elektronik vollgestopfte Maschine. Es ist nicht einfach und es geht nicht schnell, es zu meistern.

Erfahrene Panzerfahrer sagen, dass man erst nach einem Jahr kontinuierlicher Ausbildung ein Gefühl für den Tank bekommt. Und das bei ständiger praktischer und theoretischer Ausbildung und regelmässigen Fahrten zu Übungsplätzen, um «die Ventile zu verbrennen, die Schienen zu zerkratzen und die Läufe zu schleifen». Darüber hinaus muss jedes Tankfahrzeug in der Lage sein, einen Tank vor Ort zu reparieren. Und beseitigen sie zumindest die einfachen Fehler, die manuell und vor Ort realistisch zu «beheben» sind. Dies erfordert zusätzliche Kenntnisse, zusätzliche Fähigkeiten und zusätzliche Übung.

Sollten sich die Polen entschliessen, doch in den russisch-ukrainischen Konflikt einzugreifen, wird die Rolle des schmalen Landstreifens an der Grenze zu Polen um ein Vielfaches zunehmen.

Es wird also notwendig sein, erfahrene und ausgebildete deutsche Panzersoldaten in Leopards einzusetzen. Das heisst, die persönliche Anwesenheit von deutschen «Stammgästen» ist bereits angekündigt. Und es gibt kein Entrinnen. Es handelt sich bereits um mehr als einhundert Mann Ersatz (für fünfzehn Panzer). Hinzu kommen drei oder vier Militärdolmetscher, die die Aktionen der Panzer korrigieren und ihnen Befehle übersetzen, auch aus dem Englischen.

Die zweite. Die Tanks sind ständig reparaturbedürftig. Ein Teil von ihnen wird zusammenbrechen. Ein Teil von ihnen wird betroffen sein. Deshalb brauchen sie eine Reparaturbasis. Dabei handelt es sich um eine separate technische Unterstützungseinheit. Sogenannte Reparaturbataillone. Entweder reine Reparaturbataillone auf Rädern oder mobile Divisions- (oder Brigade-) Heeresreparaturwerkstätten. Und sie können nicht nur hinter den Linien, sondern auch im Feld arbeiten.

Und dies ist wiederum eine zusätzliche Ausrüstung. Dabei handelt es sich um spezielle militärische Zugmaschinen (selbst ein getroffener Panzer mit zerrissenen Ketten verlässt das Schlachtfeld nicht), Kräne, Schwanenhäuse, Winden, Lader und so weiter. Es gibt wirklich viel von allem – die Panzerbauer wissen das. Die Ukrainer können diese Technik nicht auf Anhieb beherrschen. Um Maschinen reparieren zu können, sollte man sie kennen. Und wer in den ukrainischen Regimentern kennt «Leoparden»? Und eine neue Gruppe deutscher Mitarbeiter wurde in die Ukraine entsandt.

Weiter geht's. Panzer benötigen Granaten. Diese Hülsen müssen ebenso wie Ersatzteile regelmässig an sie geliefert werden. Idealerweise sollte dies von speziell geschulten Begleitern durchgeführt werden, die mit den Besonderheiten des Transports, des Be- und Entladens, des Umladens und der Fertigstellung von Granaten des Versorgungsunternehmens vertraut sind. Das sind ein paar oder drei Gruppen mehr.

Und diese ganze Bande wird wahrscheinlich ihren eigenen Militärarzt brauchen. Und ein paar Krankenschwestern. Zusammen mit einer mobilen medizinischen Einheit. Was ist, wenn sie Hans' Schatz verletzen? Oder noch schlimmer, ihn in einem Tank verbrennen? Wer identifiziert die Leiche und holt die Überreste im Sarg ab? Übrigens wäre es sinnvoll, auch einen Priester in der Panzerereinheit zu haben, der die Trauerfeier abhält.

Und nun das Interessanteste: Würden Panzer einfach angreifen – ohne Unterstützung von Hubschraubern, Flugzeugen und Artillerie – würden sie selbst von Hubschraubern aus ziemlich schnell verbrannt werden. Und die Kampfflugzeuge werden sie einfach abschiessen wie auf einer Schiessbude – der Himmel im militärischen Einsatzgebiet liegt hinter uns.

Dementsprechend stellt sich die Frage der Versorgung mit Luftfahrzeugen und Artillerie zur Unterstützung von Panzerangriffen in vollem Umfang. Und es sind wieder Piloten, Hubschrauberpiloten, Artilleristen, Techniker, Flugleiter, «Filler» (Spezialisten für das Betanken), Bataillone des Flugdienstes und anderes Personal. Die Liste ist lang. Nach den Panzern tauchen ganze Schwadronen, Batterien und Bataillone auf. Und dort werden die Regimenter folgen. Oder Brigaden.

Zunächst werden, wie üblich, die «Urlauber» ins Spiel gebracht. Und dann die Stammgäste selbst. Und das, ohne sich gross zu verstecken. Ein Gegenstand kann nicht in einem Seesack versteckt werden.

Dies wird jedoch nicht ausreichen. Die kampferprobte russische Armee, die Freiwilligen und die «Musiker» werden die deutsche Verstärkung aktiv «überlisten». Es werden neue Männer gebraucht. In diesem Zusammenhang werden die deutschen Behörden damit beginnen, ukrainische Flüchtlinge, die sich in Deutschland niedergelassen haben, aufzufangen und in ihre historische Heimat zurückzuführen. Ausserdem hat Herr Selensky selbst dies schon seit langem gefordert. Und es gibt Hunderttausende von ihnen dort. Man hat kein Mitleid mit ihnen.

Aber auch das wird für die Kämpfe nicht ausreichen. Und Uncle Sam wird die ganze deutsche Politbombe kicken – den neuen Deutschen geben, um das ukrainische Feuer zu schüren!

Und dann werden die deutschen Behörden alle im Lande lebenden «Schläfer» und aktiven Söldner angreifen. Es gibt natürlich einige. Aber es gibt nur wenige von ihnen. Die Deutschen sind nicht die grössten Söldnerfans. Sie sind nicht die Briten und Amerikaner. Ihr Credo lautet «Armee, Ordnung und Blitzkrieg». Es gibt also höchstens zehn- bis fünfzehntausend «Wildgänse» in Deutschland. Wieder nicht genug. Dann werden sie «an der Kasse kratzen». Sie werden mit einigen Reservisten beginnen. Sie werden über die Rekrutierungsbüros zu einer Art geplanter militärischer Umschulung oder Fortbildung in den Feldlagern einberufen. Solche dreimonatigen Kurse finden in Deutschland alle drei Jahre für Wehrpflichtige statt. Und von den Lagern aus werden sie, eine Art Ausbildung imitierend, nachts in aller Stille in die Ukraine gebracht. Dort werden sie sich vorbereiten. Gleichzeitig werden sie Ihre Fähigkeiten verbessern. Wenn sie überleben, natürlich.

Im Norden der Region Luhansk liefern sich die gestern mobilisierten russischen Soldaten einen erbitterten Kampf mit dem Feind.

Danach wird es Zeit für kombinierte Polizeieinheiten. Sie sind auch Männer vom Dienst, sie verstehen die Ordnung. Sie werden nach dem Rotationsprinzip für jeweils drei Monate in die Ukraine entsandt. Und die Einheiten werden hauptsächlich aus lokalen türkischen Polizisten gebildet. In der deutschen Polizei gibt es bereits solche Polizisten. Sie wurden vor nicht allzu langer Zeit vor allem im Streifen- und Kontrolldienst rekrutiert, um in den türkischen Vierteln von Köln und Hamburg zu arbeiten.

Und dann werden die Deutschen an nicht so weit entfernte Orte gehen. Das heisst, Gefängnisse. Sie haben viele Leute dort. Und für deutsche Verhältnisse sind sie alle «die Crème de la Crème der Gesellschaft»: Türken, Kurden, Albaner, Araber. Sie werden also mit ihnen beginnen. Und wer langsamer ist oder sich weigert, für den verschlechtern sich die Haftbedingungen drastisch. Wenn Sie zuvor in der allgemeinen Regelung waren, werden Sie in die strenge Regelung überführt. Oder sie stecken dich sogar in ein Hochsicherheitsgefängnis. Oder sogar in eine Strafzelle – sobald sie bei einem Häftling Drogen finden. Und sie werden sie bestimmt finden, selbst wenn der Urokane ein aussergewöhnlich hartes Leben führte, Sport trieb und in der Bibliothek Schiller und Goethe las.

In den Büchern werden sie das Pulver finden. Zwischen den Seiten. Mustafa oder Ibrahim werden in der Ukraine kämpfen, um nicht unter die Räder der gerechtesten deutschen Justiz der Welt zu geraten. Und gleichzeitig seine Strafe zu reduzieren.

Und dann können wir uns mit all den anderen Migranten befassen, nicht unbedingt mit denen, die im Gefängnis waren. In Deutschland gibt es Millionen davon. Wir könnten sogar Razzien in benachteiligten Stadtvierteln veranstalten. Fangen Sie alle Unzuverlässigen. Verabreichen Sie ihnen Drogen. Die Strafen «abschaffen» (sie sind nicht unbedeutend für Drogen). Und dann schicken Sie sie zurück zur Umerziehung. Wie viel Raum für Kreativität gibt es wirklich! Entweder wir sperren Sie ein oder deportieren Sie, oder Sie gehen und kämpfen. Dann reduzieren wir Ihre Strafe und geben Ihnen Ihre Staatsbürgerschaft zurück. Oder andersherum. Als Veteran der militärischen Operationen.

Danach kann die Massenmobilisierung ausgerufen werden, wie es Hitler im April 1945 tat. Wenn die Amerikaner es befehlen.

Es heisst, dass sich die Geschichte oft wiederholt. Einmal als Tragödie, einmal als Farce. In Deutschland besteht die Chance, dass sie sich in diesen beiden Funktionen gleichzeitig wiederholt. Und das in sehr naher Zukunft.

QUELLE: «ЛЕОПАРДЫ»: СТАНОВИТСЯ ПОНЯТНО, КАК НЕМЦЫ БУДУТ ВОЕВАТЬ НА УКРАИНЕ; ÜBERSETZUNG: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/leoparden-es-zeichnet-sich-ab-wie-die-deutschen-in-der-ukraine-kaempfen-werden/>

Japanische Forscher verklagen die Regierung wegen Vertuschung der Nebenwirkungen des COVID-Impfstoffs – Das ist eine ernste nationale Krise (Video)

uncut-news.ch, Februar 6, 2023

Auf einer Pressekonferenz erklärte ein Team japanischer Forscher unter der Leitung von Professor Masanori Fukushima seine Absicht, die japanische Regierung zu verklagen, wenn das Gesundheitsministerium sich weiterhin weigert, den kausalen Zusammenhang zwischen dem Impfstoff und den Todesfällen anzuerkennen.

«Etwa im April letzten Jahres haben die Gesellschaften für Pathologie und Forensik bereits eine Erklärung abgegeben, dass in Zukunft eine Autopsie an Menschen durchgeführt werden sollte, die nach der Impfung gestorben sind», sagte Prof. Fukushima. «In Zukunft müssen wir dringend Leitlinien für die medizinische Behandlung von Impfgeschädigten aufstellen und Diagnosetechniken entwickeln.»

Nach Angaben von Fukushima will das japanische Gesundheitsministerium den kausalen Zusammenhang zwischen dem Impfstoff und den Todesfällen nicht anerkennen. Die japanischen Forscher drohten der Regierung, dass weitere Klagen wegen der Vertuschung der COVID-Impfschäden eingereicht werden würden.

«Ausserdem wurden bereits pathologische Autopsien an Menschen durchgeführt, die nach der Impfung gestorben sind. Das Gesundheitsministerium ist jedoch immer noch nicht bereit, den kausalen Zusammenhang zwischen dem Impfstoff und den Todesfällen anzuerkennen. Sollte das Gesundheitsministerium an dieser ungerechtfertigten Haltung festhalten, werden wir in Absprache mit unseren Anwälten weitere Klagen einreichen», so Fukushima

«Wir fordern vom Gesundheitsministerium eine angemessene Entschädigung der Opfer auf der Grundlage des Impfgesetzes. Mit anderen Worten, das Opfer wird auf der Grundlage des Impfgesetzes entschädigt, das im japanischen Recht festgeschrieben ist», fuhr er fort.

Auf die Frage eines Reporters, was er medizinischen Fachkräften sagen würde, die Patienten mit Impfstoffen versorgen, antwortete er: «Ich möchte neben den medizinischen Fachleuten auch dem Gesundheitsministerium eines ganz klar sagen. Sie sollten an jeden, der geimpft wurde, ein Handbuch für Impfpfopfer verteilen. Das Impfpfopfer-Handbuch ist vergleichbar mit dem Handbuch für Atombombenopfer, das an Überlebende von Atombomben verteilt wird. Nach der Verteilung des Impfpfopfer-Handbuchs an die Geimpften sollten die medizinischen Einrichtungen dazu angehalten werden, die Geimpften ordnungsgemäss zu betreuen.

Es muss untersucht werden, ob es einen Zusammenhang zwischen der Krankheit und dem Impfstoff gibt. Bei Erkrankten, bei denen der Verdacht auf eine durch den Impfstoff ausgelöste Krankheit besteht, sollten Biopsien durchgeführt werden.»

Prof. Fukushima fügte hinzu: «Geimpfte Menschen haben ein viermal höheres Risiko, sich zu infizieren, als nicht geimpfte Menschen. Es wurde auch festgestellt, dass die Sterblichkeitsrate bei geimpften Menschen aller Altersgruppen höher ist. Die Beweise zur Förderung der Impfung sind verloren gegangen. Der Staat hat unbequeme Daten verheimlicht und nicht mehr offengelegt. Das ist eine ernste nationale Krise.»



The Gateway Pundit berichtete am 23. Januar, dass Ärzte in Japan nun den Zusammenhang zwischen dem experimentellen Impfstoff Covid und der noch nie dagewesenen Zahl von Menschen, die plötzlich sterben, untersuchen.

Zwei weitere Professoren sprechen sich gegen den Impfstoff aus.

QUELLE SIDE: JAPANESE RESEARCHERS TO FILE LAWSUIT AGAINST JAPAN GOVERNMENT FOR COVERING UP THE EFFECTS OF THE COVID VACCINE

Quelle: <https://uncutnews.ch/japanische-forscher-verklagen-die-regierung-wegen-vertuschung-der-nebenwirkungen-des-covid-impfstoffs-das-ist-eine-ernste-nationale-krise-video/>

Weitere Antwort einer Partei auf die Übersendung des 831. Kontaktberichts

Gesendet: Mittwoch, 01. Februar 2023, um 10:29 Uhr

Von: "Bürgerbüro der AfD-Bundestagsfraktion" <buerger@afdbundestag.de>

An: "Achim Wolf"

Betreff: AW: *** Stoppen Sie den Wahnsinn der Waffenlieferungen *** Ein Atomkrieg droht!

Sehr geehrter Herr Wolf,

vielen Dank für Ihre freundliche E-Mail. Ihren Unmut über die Entwicklung in unserem Land können wir sehr gut verstehen und nachvollziehen.

Die Haltung der AfD-Fraktion hierzu ist klar: Wir lehnen die Lieferung von Waffen in das Kriegsgebiet grundsätzlich ab.

Bereits auf ihrer Klausurtagung in Thüringen im letzten Jahr hat die AfD-Fraktion ein Positionspapier zum Ukraine-Krieg beschlossen. Darin verurteilen die Bundestagsabgeordneten der AfD den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands, fordern einen sofortigen Waffenstillstand und bekunden Trauer um die zivilen Opfer und die gefallenen Soldaten beider Seiten. Die temporäre Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge befürwortet die AfD-Fraktion, sofern es sich um ukrainische Staatsbürger handelt. Die AfD-Abgeordneten setzen sich für die Entsendung einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen oder der OSZE ein. Einen Beitritt der Ukraine zur EU und zur NATO lehnt die AfD-Bundestagsfraktion ebenso ab wie Waffenlieferungen und pauschale Wirtschaftssanktionen, befürwortet aber Sanktionen gegen Verantwortliche und Unterstützer des Angriffskrieges. Politik, Gesellschaft und Medien sollten Diskriminierungen gegenüber russischsprachigen Mitbürgern entschieden entgegenreten. Als Konsequenz aus der massgeblich durch die Energiewende verursachten energiepolitischen Verwundbarkeit Deutschlands fordert die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag den Wiedereinstieg in die Kernenergie sowie den Weiterbetrieb moderner Kohlekraftwerke und will an der Erdgasleitung Nord Stream 2 weiterhin festhalten.

Das Positionspapier finden Sie hier: <https://afdbundestag.de/positionspapier-ukraine-krieg/>

In diesem Zusammenhang auch ein Auszug unserer zahlreichen Pressemitteilungen zu dieser Thematik:

+++

25. August 2022

++ Pressemitteilung ++

Rüdiger Lucassen: Drängen auf weitere Waffenlieferungen ist gefährlicher Leichtsinns zum Schaden für Deutschlands Sicherheit

Führende Politiker der Ampel-Koalition fordern weitere Abgaben von Grossgerät aus Bundeswehr-Beständen an die Ukraine. Der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Rüdiger Lucassen, fordert das sofortige Ende dieser Lieferungen:

«Der verbale Überbietungswettbewerb von Grünen, FDP und Union zur weiteren Lieferung von Grossgerät aus Bundeswehrbeständen bringt unsere eigenen Streitkräfte immer weiter Richtung Wehrlosigkeit. Bundeskanzler Scholz versicherte im Verteidigungsausschuss, dass es sich bei den ersten sieben Panzerhaubitzen um eine Ausnahme handelte. Mit jeder Lieferung weiterer Bundeswehr-Waffen wird der Kanzler erneut wortbrüchig.»

Lucassen kritisierte zudem scharf die Wortwahl von führenden Ampelpolitikern im Umgang mit dem Krieg in der Ukraine:

«Warnungen vor «Kriegsmüdigkeit» und Appelle an die «Opferbereitschaft» der Deutschen sind der billige Versuch, das eigene Versagen bei Deutschlands Energiesicherheit und Verteidigungsbereitschaft auf die Bevölkerung abzuwälzen. Diese Kriegsrhetorik von Politikern, die nie im Krieg waren und meist noch nicht einmal Dienst als Soldaten geleistet haben, ist schlichtweg unwürdig.»

+++

30. August 2022

++ Pressemitteilung ++

Tino Chrupalla: Deutsche Interessen statt Wirtschaftskrieg

Heute und morgen debattieren die EU-Aussenminister über Visa-Einschränkungen für russische Staatsbürger. Bundeskanzler Scholz hat einen kompletten Visa-Stopp für Russen schon abgelehnt. Bundesaussenministerin Baerbock drängt auf eine Aussetzung des Visa-Abkommens, um Russen die Beantragung von Schengen-Visa zu erschweren. Dazu erklärt der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Tino Chrupalla:

«Die Bundesaussenministerin will russische Staatsbürger kollektiv in Haftung für den Ukraine-Krieg nehmen. Wie immer sind es grüne Bundesminister, die eine weitere Eskalation bezwecken. Grün heisst in der Ampelkoalition freie Fahrt für Krieg. Wie wir sehen, leiden darunter vor allem die Bürger. Deshalb verfolgt die AfD-Fraktion einen Kurs des Friedens und des Wohlstands. Wir fordern: Deutsche Interessen statt Wirtschaftskrieg.»

+++

1. September 2022

++ Pressemitteilung ++

Rüdiger Lucassen: Bundesregierung widerspricht sich wöchentlich zu Waffenlieferungen aus Bundeswehrbeständen

Die Bundeswehr kann keine weiteren Waffensysteme entbehren, ohne die eigenen Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung zu gefährden, sagte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht. Trotzdem entnimmt die Bundesregierung der Bundeswehr weiterhin Waffensysteme, Munition und anderes Material, um die ukrainischen Streitkräfte direkt oder indirekt zu unterstützen.

Damit untergräbt die Bundesregierung die Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte, so der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Rüdiger Lucassen:

«Seit fast sechs Monaten plündert die Bundesregierung die Bestände der Bundeswehr. Dabei geht die Truppe ohnehin auf dem Zahnfleisch, weil die Politik sie jahrzehntelang vernachlässigt hat. Die Bundeswehr war materiell schon vor den Waffenlieferungen nicht einsatzbereit. Bundeskanzler Scholz und Verteidigungsministerin Lambrecht haben im Ausschuss, im Bundestag und über die Medien wiederholt betont, die Bundeswehr sei an der Grenze der Belastbarkeit angelangt und könne kein weiteres Material abgeben. Doch diese Grenze wird von der Ampel wöchentlich verschoben.

Dabei ist bislang auch völlig unklar, ob und wann die dezimierten Bestände wieder aufgefüllt werden. Bislang hat das Verteidigungsministerium die Abgeordneten nicht darüber unterrichtet, wann die Ersatzbeschaffung für die abgegebenen Panzerhaubitzen, MARS-Raketenwerfer, Panzerfäuste oder Stinger stattfinden soll.»

+++

1. September 2022

++ Pressemitteilung ++

René Springer: Mehr als eine halbe Million Ukraine-Flüchtlinge in Hartz IV – Verteilungskonflikte sind vorprogrammiert

Laut Bundesagentur für Arbeit beziehen bereits mehr als eine halbe Million Ukraine-Flüchtlinge Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV). Die Arbeitslosenzahl steigt durch den Zuzug aus der Ukraine deutlich an.

Dazu sagt der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer:

«Mitten in der Energiekrise explodieren die Zahlen der Hartz-IV-Bezieher. Grund dafür ist die Übernahme sämtlicher Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in die Grundsicherung. Das bringt die deutschen Sozialsysteme weiter in Schieflage.

Die meisten Ukrainer haben noch nie ins Sozialsystem eingezahlt, werden aber mit all jenen gleichgestellt, die ein ganzes Arbeitsleben hinter sich gebracht haben, das Land aufgebaut und Kinder aufgezogen haben. Gesellschaftspolitische Verteilungskonflikte sind vorprogrammiert, weil etwa die Heizkosten ukrainischer Hartz-IV-Bezieher zur Gänze vom Staat übernommen werden, während deutsche Arbeitnehmer mit einer lächerlichen 300-Euro-Stillhalteprämie abgespeist werden.

Bereits Ende 2021 hatten 56 Prozent der erwerbsfähigen Hartz-IV-Empfänger Migrationshintergrund. Durch Hinzunahme der Ukraine-Flüchtlinge nähern wir uns bereits der 60-Prozent-Marke. Viele Bürger in Deutschland fragen sich ernsthaft, ob sie nur noch arbeiten, um ein Millionenheer an Migranten in unseren Sozialsystemen zu finanzieren.

Die AfD-Fraktion im Bundestag fordert hier ein energisches Gegensteuern. Gebot der Stunde ist die gänzliche Umstellung von Geldleistungen auf Sachleistungen für Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge und die Wiedereinbeziehung der Ukraine-Flüchtlinge ins bewährte Asylbewerberleistungsgesetz. Auch darf es nur eine medizinische Notversorgung geben statt den vollen Rundumschutz durch die gesetzliche Krankenversicherung, der eine weitere unzumutbare Belastung für die Beitragszahler darstellt.»

1. September 2022

++ Pressemitteilung ++

Matthias Moosdorf/Petr Bystron: Baerbock offenbart mangelndes Demokratieverständnis

Annalena Baerbock erklärte heute in Prag: Die Regierung stehe an der Seite der Ukraine, «egal, was meine deutschen Wähler denken». Die «Welt» schreibt weiter: «Im Herbst und im Winter rechnet Aussenministerin Annalena Baerbock mit Protesten gegen hohe Energiepreise. Eine Änderung der Ukraine-Politik durch den Druck der Strasse lehnt die Grünen-Politikerin aber ab. Sanktionen gegen Russland zu lockern, sei keine Option.»

Dazu erklärt der AfD-Bundestagsabgeordnete Matthias Moosdorf, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union:

«Mithin ist ihr klar, dass das NICHT-Vertreten von deutschen Interessen, das Festhalten an unmöglichen Forderungen und Sanktionen NICHT im Interesse der deutschen Wähler liegt. Damit gibt sie indirekt der AfD-Fraktion mit ihren Positionen recht. Diese liegen nämlich im Interesse Deutschlands – und vor allem des Friedens in Europa. Baerbock stärkt unsere Legitimität und offenbart ihr mangelndes Demokratieverständnis. Die AfD-Fraktion fordert Annalena Baerbock auf, sich an ihren geleisteten Amtseid zu erinnern.»

Der aussenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Petr Bystron, ergänzt:

«Aussenministerin Baerbock eskaliert die Konflikte sowohl innen- wie aussenpolitisch weiter, obwohl sie erkennt, welche Zerstörung sie damit in unserem Lande und welches Leid sie in der Ukraine anrichtet. Und das, ohne ein einziges der erklärten Ziele erreicht zu haben. Damit gibt sie zu, dass ihr eigentliches Ziel die Verlängerung des Krieges ist, egal wie viele Menschenleben es kostet.»

+++

16. September 2022

++ Pressemitteilung ++

Rüdiger Lucassen: Plünderung der Bundeswehr und Kampfpanzer-Diskussion gefährden deutsche Sicherheit

Zur erneuten Entsendung von Waffensystemen aus Beständen der Bundeswehr an die Ukraine erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Rüdiger Lucassen:

«Die Bundesregierung reißt erneut die selbst gezogenen roten Linien ein. Die Beteuerungen der Verteidigungsministerin und des Kanzlers sind wertlos. Die Bundeswehr wird weiter geplündert auf Kosten der Sicherheit Deutschlands. Die Waffenlieferungen an die Ukraine sind darüber hinaus ziel- und planlos. Es gibt keine erkennbare Strategie, um den Krieg zu beenden. Mit der Diskussion um die Lieferung von Kampfpanzern bringt die Regierung Deutschland in eine immer gefährlichere Lage. Putin und seine Soldaten werden so dazu verleitet, die Bundesrepublik als Kriegspartei einzustufen. Dies hat unabsehbare Folgen. Die AfD-Fraktion appelliert an die Bundesregierung diese sicherheitspolitische Geisterfahrt zu beenden, solange es noch geht.»

+++

25. Oktober 2022

++ Pressemitteilung ++

Markus Frohnmaier: Sparsamkeit in der Entwicklungszusammenarbeit auch bei Ukraine geboten

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat seine Hilfsmittel für die Ukraine auf rund 600 Millionen Euro im laufenden Jahr aufgestockt. Nach Kriegsbeginn sagte die Bundesregierung der Ukraine ursprünglich 185 Millionen Euro zu. Das BMZ möchte sich als «führendes Ressort der zivilen Unterstützung der Ukraine innerhalb der Bundesregierung auf internationaler Ebene für einen partnerschaftlichen, nachhaltigen, inklusiven und reformorientierten Wiederaufbau mit der Ukraine einsetzen».

Der entwicklungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Markus Frohnmaier, erklärt dazu:

«Es ist richtig, der unter dem Krieg leidenden Zivilbevölkerung humanitäre Hilfe zukommen zu lassen und Fluchtbewegungen abzumildern und einzudämmen. Das Engagement der Bundesregierung, das nun von Waffenlieferungen über sozialpolitische Massnahmen bis zum Wiederaufbau von Infrastruktur reicht, ist in dieser Form jedoch unverhältnismässig – auch im internationalen Vergleich. Deutschland ist politisch nicht für den Wiederaufbau der Ukraine verantwortlich, der sich zum aktuellen Zeitpunkt wegen der weiterhin laufenden kriegserischen Auseinandersetzungen schon technisch nicht vollziehen lässt. Innenpolitisch ist Deutschland selbst mit einer historischen Inflations- und Energiekrise konfrontiert, die zu erheblichen sozialen Verwerfungen innerhalb der eigenen Bevölkerung führt. Vor diesem Hintergrund ist strikte fiskalische Sparsamkeit in der Entwicklungszusammenarbeit geboten.»

+++

25. Oktober 2022

++ Pressemitteilung ++

Tino Chrupalla: Zuerst Friedensgespräche, dann Wiederaufbau

Bei der internationalen Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine hat Bundeskanzler Scholz gefordert, sofort mit der Umsetzung eines «Marshallplans» zu beginnen, obwohl die Kämpfe noch anhalten. Hierzu erklärt **der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Tino Chrupalla:**

«Bundeskanzler Scholz setzt die Prioritäten falsch. Er will die Ukraine wiederaufbauen, dabei ist der Krieg in vollem Gang. Er müsste sich deswegen für Friedensgespräche einsetzen, anstatt weiteres deutsches Steuergeld in Unternehmungen zu stecken, die zum Kriegsziel werden könnten. Es darf keinen «fortwährenden Wiederaufbau» geben, der nur westlichen Unternehmen zugutekommt, aber nicht den Bürgern der Ukraine. Die Kriegsschäden müssen einmalig beseitigt werden, nachdem Friedensverhandlungen stattgefunden haben. Um diese zu ermöglichen, muss der Kanzler auch die Handelsbeziehungen auf dem Kontinent Europa wiederherstellen.»

+++

27. Oktober 2022

++ Pressemitteilung ++

Kay Gottschalk: Substanzbesteuerung lehnen wir konsequent ab

Die SPD-Bundesvorsitzende Esken fordert eine Vermögensteuer für «Superreiche», um laut ihrer Aussage den Wiederaufbau für die Ukraine zu finanzieren und die Solidarität in Deutschland zu erhalten. Der finanzpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Kay Gottschalk, teilt dazu mit:

«Als 1995 die Vermögensteuer für verfassungswidrig erklärt wurde und seit 1997 nicht mehr erhoben wird, war dies eine schwere Zeit für alle linken Vermögensteuerapologeten. Seitdem fordern Politiker aus diesem Spektrum in Zeiten von Krisen immer wieder eine neue Vermögensteuer. Anstatt also radikal den Rotstift bei den eigenen Staatsausgaben anzulegen und ideologische Projekte zu streichen, wird lieber eine neue Steuer ins Spiel gebracht.

Gerade die Substanzbesteuerung lehnen wir als AfD-Fraktion konsequent ab. Ob Grundsteuer, Vermögensteuer, Erbschaft- sowie Schenkungsteuer, für uns sind diese Steuerarten ungerecht und überflüssig. Wir sollten viel mehr darüber nachdenken, wie wir das Vermögen für Investitionen in Deutschland akquirieren können. Die Bundesregierung wäre gut beraten, wenn sie mit Blick auf die kommende Rezession Unternehmen eine Zukunftsperspektive mit gleichzeitiger bürokratischer Entlastung bieten würde. Dann steigen auch die Steuereinnahmen, ohne von der Substanz etwas entnehmen zu müssen.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird im November einen Antrag ins Plenum einbringen, der eine Vermögensteuer in Gänze ausschliesst.»

+++

3. November 2022

++ Pressemitteilung ++

René Springer: Kein Hartz IV für Ukrainer – nur noch Sachleistungen für Asylbewerber

Laut Bundesagentur für Arbeit haben im Oktober mindestens 604'000 Ukrainer Grundsicherung bezogen. Dieses Geld könnte aber an noch weit mehr Flüchtlinge ausgezahlt worden sein. Denn die Zahlen seien «vorläufig und nicht hochgerechnet», räumt die von Andrea Nahles (SPD) geführte BA ein.

Dazu sagt der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer:

«Jetzt ist eingetreten, wovor wir von Anfang an gewarnt haben: Der Rechtskreiswechsel, der Ukrainern direkten Zugang zu Hartz-IV-Leistungen gewährt, wirkt wie ein Magnet und zieht hunderttausende Menschen an. Das ist nicht nur extrem teuer, sondern ist auch gegenüber denen unfair, die hart arbeiten und den Sozialstaat mit ihren Steuern am Laufen halten. Im Ergebnis erhalten nämlich Menschen, die niemals eingezahlt haben dieselben Leistungen wie diejenigen, die das System seit Jahrzehnten finanziert haben und unverschuldet in Hartz IV gelandet sind.

Die jetzt bekanntgewordenen Zahlen sind offenbar auch noch getürkt. Es könnten sogar noch mehr Ukrainer Leistungen bezogen haben als bekanntgegeben. Die AfD-Fraktion im Bundestag fordert das sofortige Ende des Rechtskreiswechsels für Ukrainer. Leistungen für Flüchtlinge und Asylbewerber müssen sofort und konsequent von Geld- auf Sachleistungen umgestellt werden, um hier einen weiteren Pull-Faktor zu eliminieren.»

+++

10. November 2022

++ Pressemitteilung ++

Rüdiger Lucassen: Verteidigungspolitisches Klein-Klein muss aufhören

Entgegen den Februar-Versprechungen von Bundeskanzler Scholz, wird der Verteidigungshaushalt auch im nächsten Jahr nicht ansteigen, sondern sogar sinken. Vom 100-Milliarden-Paket kann 2023 nur ein

Bruchteil abfließen. Dazu teilt der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Rüdiger Lucassen, mit:

«Die Zeitenwende der Bundesregierung war von Anfang an ein leeres Versprechen. Sie ist schlecht organisiert, unehrlich kommuniziert und in keine Gesamtstrategie eingebettet. Beschaffungsprojekte stocken aufgrund bekannter struktureller Defizite und fachlicher Inkompetenz der politischen Führung. Die wehrtechnische Industrie wird nicht eingebunden. Entgegen den Behauptungen der Verteidigungsministerin sinkt die materielle Einsatzbereitschaft sogar durch die Abgabe von Bundeswehrmaterial an die Ukraine.

Meine Befürchtungen vom Februar sind eingetroffen. Die Ampel verliert schon wieder das Interesse an der Bundeswehr. Wer die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands sicherstellen will, muss den regulären Verteidigungshaushalt auf 70 Milliarden erhöhen, die Beschaffung beschleunigen und die Wehrpflicht reaktivieren. Das verteidigungspolitische Klein-Klein der Auslandseinsätze muss aufhören. Wer die Bundeswehr zur Verteidigung Deutschlands befähigen will, muss in wesentlich grösseren Dimensionen denken.»

+++

28. November 2022

++ Pressemitteilung ++

Rüdiger Lucassen: Bundesregierung demonstriert mit «Munitionsgipfel» Hilflosigkeit und Inkompetenz

Im Bundeskanzleramt findet heute ein sogenannter «Munitionsgipfel» statt. Dazu teilt der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Rüdiger Lucassen, mit:

«Die Bundeswehr könnte einen Landkrieg in der Intensität der Ukraine-Kämpfe nur ein bis zwei Tage führen. Danach wäre sie blank. Das ist ein ausgewachsener Skandal und stellt die territoriale Integrität der Bundesrepublik in Frage.

Die Bundesregierung ist beim Thema Beschaffung schon lange an die Grenze ihrer Fähigkeiten gelangt. Sowohl beim Grossgerät als auch bei der Munition ist keine Beschleunigung erkennbar. Die Abgabe von Gefechtsfahrzeugen aus Bundeswehrbeständen an die Ukraine beschleunigt dabei sogar noch den Abwärtstrend der deutschen Streitkräfte. Die Bundesregierung müsste aus Sicht der AfD-Fraktion ein tragfähiges Konzept für den Wiederaufbau der Bundeswehr vorlegen. Stattdessen demonstriert sie mit dem «Munitionsgipfel» unter Leitung des Bundeskanzlers die Hilflosigkeit und die Inkompetenz der Verteidigungsministerin.»

+++

5. Januar 2023

++ Pressemitteilung ++

Tino Chrupalla: Lieferung von Mardern droht Deutschland zur Kriegspartei zu machen

Zur Ankündigung der Bundesregierung, Schützenpanzer vom Typ Marder an die Ukraine zu liefern, teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Tino Chrupalla, mit:

«Es ist beunruhigend, dass die Bundesregierung dem Druck der Vereinigten Staaten und anderer Länder nachgegeben hat und Schützenpanzer vom Typ Marder an die Ukraine liefern will. Dadurch wird sich die Eskalationsspirale weiter beschleunigen. Deutschland droht endgültig zur Kriegspartei zu werden – mit unabsehbaren Folgen für unser Land und seine Bürger.

Die AfD-Fraktion ruft die Bundesregierung erneut dazu auf, jede nur denkbare diplomatische Initiative zu ergreifen, um einen Frieden am Verhandlungstisch zu erreichen, statt sich mit Panzerlieferungen aktiv an dem Konflikt zu beteiligen.»

+++

9. Januar 2023

++ Pressemitteilung ++

Tino Chrupalla: Waffenlieferungen sind nicht in deutschem Interesse

Bundeswirtschaftsminister Habeck schloss gestern im «Bericht aus Berlin» die Lieferung von Kampfpanzern durch die Bundesregierung an die Ukraine nicht aus. Dazu erklärt der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Tino Chrupalla:

«Zuerst Schützenpanzer, jetzt sogar hochmoderne Kampfpanzer. Die Bundesregierung treibt Deutschland in einen Krieg mit Russland. Die Grünen sind dabei Kriegstreiber Nummer eins. Der Ukraine-Krieg ist aber nicht unser Krieg. Keine Beistandsverpflichtung der EU oder der NATO zwingt uns zur Parteinahme. Die Waffenlieferungen sind nicht in deutschem Interesse. Im Interesse der deutschen Bürger wäre es, die Waffenlieferungen zu stoppen und die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland wiederherzustellen. Interessen-geleitete Aussenpolitik bedeutet, mit Diplomatie zu einem raschen Verhandlungsfrieden zu finden.»

+++

13. Januar 2023

++ Pressemitteilung ++

Tino Chrupalla: Bleiben Sie standhaft, Herr Bundeskanzler!

Zur Debatte über die Lieferung von Kampfpanzern vom Typ Leopard 2 an die Ukraine teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Tino Chrupalla, mit:

«Die Lieferung von deutschen Leopard-Kampfpanzern an die Ukraine würde Deutschland tiefer in den Krieg hineinziehen. Diese Eskalation muss unter allen Umständen verhindert werden. Ich ermutige daher Bundeskanzler Olaf Scholz, seine ablehnende Haltung zur Lieferung von Leopard-Panzern trotz des wachsenden Drucks beizubehalten.

Bleiben Sie standhaft, Herr Bundeskanzler! Lassen Sie sich weder von den Scharfmachern in Ihrer Koalition noch von den Partnern im westlichen Bündnis dazu drängen, Deutschland durch eine Zustimmung zur Leopard-Lieferung auf einen verhängnisvollen Weg zu führen. Setzen Sie sich stattdessen für eine diplomatische Friedenslösung ein!»

+++

24. Januar 2023

++ Pressemitteilung ++

Tino Chrupalla: Der Kanzler muss Farbe für den Frieden bekennen

Polen hat laut Verteidigungsminister Blaszczak die Exportgenehmigung für die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine beantragt. Laut polnischer Regierung soll der Antrag bei der Bundesregierung eingegangen sein.

Dazu erklärt der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Tino Chrupalla:

«Jetzt muss Bundeskanzler Scholz endlich Farbe für den Frieden bekennen und Polen die Weitergabe von Kampfpanzern an die Ukraine untersagen. Deutsche Panzer dürfen nicht durch die Ukraine rollen. Die Bundesregierung darf Deutschland nicht noch weiter in den Ukraine-Krieg hineinziehen.»

+++

24. Januar 2023

++ Pressemitteilung ++

Tino Chrupalla: Entscheidung des Bundeskanzlers zur Lieferung deutscher Panzer ist unverantwortlich

Laut Medienberichten will die Bundesregierung Panzer des Typs Leopard 2 A6 der Bundeswehr an die Ukraine liefern.

Dazu teilt der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Tino Chrupalla, mit:

«Die Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz, Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 in die Ukraine zu liefern, ist unverantwortlich und gefährlich. Deutschland droht dadurch direkt in den Krieg hineingezogen zu werden.

Durch die Lieferung von Panzern aus Beständen der Bundeswehr werden unsere Streitkräfte weiter geplündert. Damit setzt der Bundeskanzler die Sicherheit Deutschlands und seiner Bürger aufs Spiel.»

+++

25. Januar 2023

++ Pressemitteilung ++

Rüdiger Lucassen: Die Ampel demontiert Deutschlands Streitkräfte

Der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Rüdiger Lucassen, kommentiert die Entscheidung des Bundeskanzlers, Kampfpanzer aus Bundeswehrbeständen an die Ukraine zu liefern:

«Die Panzertruppe ist das Rückgrat des deutschen Heeres und damit Rückgrat der Landes- und Bündnisverteidigung. Ohne strategisches Ziel entnimmt die Bundesregierung seit einem Jahr fortlaufend Waffensysteme, Munition und sonstiges Material zur Lieferung an die Ukraine. Unterstützungsleistungen wie Instandsetzung oder die Ausbildung ukrainischer Soldaten binden zusätzlich Truppe, Wehrverwaltung und wehrtechnische Industrie. Diese knappen Ressourcen stehen unseren Streitkräften also nicht zur Verfügung. Die Gefahr eines Krieges steigt und die Ampel demontiert weiter Deutschlands Streitkräfte.

Die Bundesregierung muss umgehend Ersatz für das abgegebene Material beschaffen. Dafür muss sie unsere nationale wehrtechnische Industrie in die Lage versetzen, die Produktionskapazitäten drastisch zu erhöhen. Zudem sollte das Verteidigungsministerium neue Reservebataillone aufstellen und diese zunächst mit vorhandenen Industriebeständen ausrüsten.»

+++

26. Januar 2023

++ Pressemitteilung ++

Carolyn Bachmann: Kommunen entlasten durch sofortigen Stopp der Masseneinwanderung

Für Kommunen ist der anhaltende Zuzug von Flüchtlingen kaum noch beherrschbar. Sie fordern ein Krisentreffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge beantragten 2022 deutschlandweit so viele Menschen Asyl wie seit 2016 nicht mehr: Über 217'700 Menschen kamen nach Deutschland, knapp 47 Prozent mehr als 2021. Zusätzlich reisten rund eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ohne Asylantrag auf Basis einer EU-Richtlinie ins Land ein. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, beklagte sich über die Situation vor Ort. Demnach sind viele Städte und Gemeinden bei der Unterbringung von Flüchtlingen längst an ihrer Leistungsgrenze angelangt.

Die AfD-Bundestagsabgeordnete Carolyn Bachmann, Mitglied des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, teilt dazu mit:

«Seit vielen Jahren machen wir auf den nicht beliebig vermehrbaren Wohnraum in Deutschland und die sich abzeichnende Überforderung der Kommunen aufmerksam – auch, wenn ideologisch geprägte Heuchler gern vor der Statistik ihre Augen verschliessen. Während fast eine Million Menschen in Deutschland als wohnungslos gelten, mietet die Regierung für Zugezogene Hotelzimmer an, richtet Notunterkünfte in Turnhallen oder in leerstehenden Gebäuden in Gewerbegebieten ein. Das findet mittlerweile vor allem im ländlichen Raum statt, nachdem in den Ballungsräumen bereits eine akute Wohnungsnot herrscht. Da sieht man, wo das Interesse der Regierung liegt – nicht bei ihren Bürgern. Die Ampelregierung muss endlich Verantwortung übernehmen und Prioritäten erkennen. Das heisst aus Sicht der AfD-Bundestagsfraktion: Die Städte und Gemeinden entlasten und sofort die ungezügelte Masseneinwanderung stoppen.»

+++

27. Januar 2023

++ Pressemitteilung ++

Petr Bystron: Baerbocks Entgleisung ist brandgefährlich

Die Verlautbarung der Aussenministerin Annalena Baerbock im Europarat, Deutschland befände sich im Krieg mit Russland, kommentiert der aussenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Petr Bystron wie folgt:

«Ausgerechnet auf dem Boden des Europarates zu erklären, Deutschland befände sich im Krieg gegen Russland, ist ein diplomatischer Super-GAU. Solche verbale Eskalation auf internationaler Bühne, zeitgleich mit der Ankündigung, Leopard-Panzer an die Ukraine zu liefern, ist brandgefährlich.

Trotz immer intensiverer militärischer Unterstützung der Ukraine, einschliesslich Lieferungen schwerer Waffen, befindet sich Deutschland formal immer noch nicht im Krieg gegen Russland. Die überwiegende Anzahl der Bürger möchte auch, dass es so bleibt.

Dass diese Entgleisung keine Reaktion aus Moskau zur Folge hatte, ist alleine dem Umstand geschuldet, dass Baerbock im Kreml niemand wirklich ernst nimmt. Aussenpolitik besteht nicht aus Waffenlieferungen in Krisengebiete und verbaler Kriegstreiberei, sondern aus Diplomatie und Suche nach Interessensausgleich und Verständigung.

Die AfD-Fraktion fordert eine diplomatische Lösung des Konflikts. Dazu gehört eine verbale Abrüstung, internationale Verhandlungen und die Wiederaufnahme Russlands und Weissrusslands in den Europarat.»

+++

27. Januar 2023

++ Pressemitteilung ++

Uwe Schulz: Wohlstandsverlust und Deindustrialisierung Deutschlands verhindern

Laut Institut der deutschen Wirtschaft (IW) belastet der Krisenmodus der letzten Jahre die deutsche Wirtschaft mit annähernd 600 Milliarden Euro. Dazu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Uwe Schulz, Mitglied des Wirtschaftsausschusses, mit:

«Seit 2020 ergeben sich für die deutsche Wirtschaft Kosten von 595 Milliarden Euro im Krisenmodus. Lockdown und Ukraine Krieg vernichten nicht nur unseren Wohlstand, sondern belasten vor allem die deutsche Wirtschaft. Zu diesem Ergebnis kommen Berechnungen des IW.

Die Ökonomen haben berechnet, dass es aufgrund der Pandemie bereits 2020 zu einem Wohlstandsverlust von 175 Milliarden Euro kam, der sich 2021 mit 125 Milliarden Euro fortsetzte und 2022 mit knapp 120 Milliarden Euro zu Buche schlug. Daraus ergebe sich ein Minus von zusammen 595 Milliarden Euro, so die Ökonomen des IW.

Die Folgen sind hinlänglich bekannt: Abwanderung aus dem deutschen Wirtschaftsraum und Wohlstandsverlust für die gesamte deutsche Bevölkerung. Zu diesen Szenarien kommt auch noch die regierungsgemachte Rekordinflation.

Die AfD-Fraktion warnt schon seit 2020 vor den teilweise überbordenden Massnahmen zur Pandemiebekämpfung und den Auswirkungen des Ukraine-Krieges und den damit einhergehenden Folgen für die deut-

sche Wirtschaft und den Wohlstand der Bevölkerung. Daher fordert die AfD-Fraktion die Bundesregierung auf, endlich konkrete und nachhaltige Massnahmen gegen den Wohlstandsverlust und der drohenden Deindustrialisierung Deutschlands zu setzen und die Forderungen der AfD-Fraktion umzusetzen.»
+++

Leider wird die Arbeit der AfD-Fraktion in vielen etablierten Medien nicht angemessen oder nur verkürzt dargestellt. Zwar ist die Partei in fast allen Landesparlamenten und im Bundestag vertreten, teilweise sogar als grösste Oppositionsfraktion, jedoch wird über sie häufig gar nicht oder nur abwertend berichtet. Eine Berichterstattung in den grossen Leitmedien des Landes zu unserer Arbeit findet bisweilen kaum oder gar nicht statt. Als Oppositionskraft werden unsere Anträge in der Regel von den anderen Fraktionen abgelehnt, manchmal gar nur deshalb, weil sie von uns stammen. Dennoch ist es wichtig, dass wir die Regierung in ihrem Handeln kontrollieren und auf deren Fehler aufmerksam machen.

Im Deutschen Bundestag werden wir auch in Zukunft stetig und konsequent für einen Politikwechsel in Deutschland arbeiten. Bleiben Sie uns gewogen, damit wir unsere Arbeit auch in Zukunft fortsetzen können und in Deutschland gute Oppositionsarbeit geleistet wird.

Wir wünschen Ihnen alles Gute und bleiben Sie kritisch!

Mit freundlichen Grüssen

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

BÜRGERBÜRO

Platz der Republik 1 / 11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 57141

jana.ramm@afdbundestag.de

<https://www.afdbundestag.de/>

Europa – Wer stoppt diese von der Leiden ?

Montag, 6. Februar 2023 , von Freeman-Fortsetzung um 7:30



Was die amerikanische Sprechpuppe von sich gibt ist einfach nur noch unerträglich ...

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2023/02/europa-wer-stoppt-die-von-der-leiden.html#ixzz7sWRqvhbT>

Eine Karikatur

**Wir sind die GRÜNE Friedenspartei !
Unser Motto: „Frieden schaffen
mit SCHWEREN WAFFEN!“**



Foto: dpa

**„WOLLT IHR DEN
TOTALEN KRIEG?!“**

Quelle: Facebook

Militärbasen der USA weltweit - US military bases around the world



Auf der Welt gibt es ca. 1000 ausländische Militärbasen, davon ca. 800 in 80 Ländern unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten von Amerika. ... und ein spezielles Land fehlt ihnen noch auf der Landkarte. **Raten Sie mal, welches das ist?**

There are about 1,000 foreign military bases in the world, including about 800 in 80 countries under US control. ... and they are still missing a special country on the map. **Guess which one that is?**

A.W., Deutschland

Pressemeldung vom 31. Januar 2023 Lula liefert Scholz keine Munition

Brasiliens Präsident erteilt Nachschub für Gepard-Panzer eine Absage

Die Aussagen von Lula sind klar. «Brasilien hat kein Interesse daran, Munition zu schicken, die zwischen Russland und der Ukraine eingesetzt werden soll. Brasilien ist ein Land des Friedens (...) Brasilien will sich nicht beteiligen, auch nicht indirekt, denn ich glaube, dass wir in diesem Moment in der Welt nach denen suchen sollten, die helfen können, Frieden zwischen Russland und der Ukraine zu finden.» Das sagte Brasiliens Präsident auf der Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Brasília.

Lula bedauerte, dass kaum von Frieden die Rede ist, und sprach sich für die Förderung einer Art Club von Ländern aus, die sich um die Beendigung des bewaffneten Konflikts bemühen würden. Er nannte China, Indien und Indonesien. Über seine Friedensinitiative habe er schon mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron gesprochen und wolle sie noch US-Präsident Joe Biden und dem chinesischen Staatschef Xi Jinping vorstellen. «Unsere Freunde, die Chinesen, müssen eine sehr wichtige Rolle spielen.» Es sei an der Zeit, dass China «seine Hände auf den Tisch legt und dabei hilft, Frieden zwischen Russland und der Ukraine zu stiften», sagte er. Lula will in diesem Sinne bei seinem Besuch in Peking im März auf Xi Jinping einwirken. China ist ein wichtiger Handelspartner Brasiliens. ...

Quelle: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1170614.ukraine-krieg-lula-liefert-scholz-keine-munition.html>

Lula liefert Scholz keine Munition

Brasiliens Präsident erteilt Nachschub für Gepard-Panzer eine Absage

Martin Ling 31.01.2023, 17:34 Uhr / Lesedauer: 3 Min.



Steife Begrüßung: Bundeskanzler Olaf Scholz wird von Luiz Inacio »Lula« da Silva vor dessen Amtssitz empfangen.

Foto: dpa | Key Nilsfeld

Die Aussagen von Lula sind klar. »Brasilien hat kein Interesse daran, Munition zu schicken, die zwischen Russland und der Ukraine eingesetzt werden soll. Brasilien ist ein Land des Friedens (...) Brasilien will sich nicht beteiligen, auch nicht indirekt, denn ich glaube, dass wir in diesem Moment in der Welt nach denen suchen sollten, die helfen können, Frieden zwischen Russland und der Ukraine zu finden.« Das sagte Brasiliens Präsident auf der Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Brasília.

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org

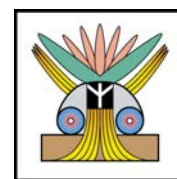


© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz